2.2022

WEIT WINKEL

SODI!

… im Grunde geht's ums Land

Wege aus der Monokultur: Umbau der Landwirtschaft in **Usbekistan**

JOACHIM LENZ

Leben mit dem Wald: Hochlandwirtschaft in **Vietnam**

THI TRAN LANH

Zarte Pflanzen auf trockenem Boden: Ackern in **KwaZulu-Natal**

ERNA KRUGER

Inhalt

3 **Der Boden denen, die darauf leben**
Mario Pschera

4 **»Indigene Hochlandwirtschaft respektiert die Natur«**
Interview mit Thi Tran Lanh

6 **Der Baumwollertrag ist nicht alles**
Interview mit Joachim Lenz

11 **»Wir hätten nie wieder zurückkehren dürfen«**
Interview mit Aleksei Nesterenko

13 **»Wir wollen keinen Tiefseebergbau«**
Emmanuel Peni und Jonathan Mesulam

15 **»Wir pflanzen, damit künftige Generationen essen können«**
Ann-Kristin Schmidt, Daniela Schröder und Christina Weber

17 **»Man muss einfach mit der Natur arbeiten«**
Interview mit Erna Kruger

WEITERLESEN:

10 Die Geburt der Dritten Welt. Hungerkatastrophen und Massenvernichtung

12 Tschernobyl. Eine Chronik der Zukunft

15 The Long End Of the First World War

19 Gegen Wachstum! Degrowth

23 Im Fluss. Umweltpolitik in Russland

Liebe Leser*innen

»Graun em Laip« – »Land ist Leben«,

heißt es auf Tok Pisin, einem in Papua-Neuguinea gesprochenen Pidgin-Englisch. Fast überall im Land ist der Slogan auf Aufklebern zu lesen: auf Autos, Kleinbussen, verwitterten Plakaten, Eingangstüren von Geschäften, Geländern, Straßenpfeilern … Sie sind Teil einer Kampagne der Nichtregierungsorganisation »Bismarck-Ramu-Group« in der Region, dessen Meer seit der deutschen Kolonialzeit Bismarcksee heißt. Die Tiefgründigkeit der Aussage erschließt sich nicht auf Anhieb. Den Menschen in Papua-Neuguinea garantiert das eigene Stück Land ihr Überleben, über neunzig Prozent leben vom Ertrag der eigenen Gärten. Die indigene Bevölkerung bringt mit diesem Slogan ihren Anspruch zum Ausdruck, über das eigene Land selbst verfügen zu dürfen – eine Selbstverständlichkeit, die seit der Kolonialzeit de facto nicht mehr gilt. Heute sind es vor allem internationale Firmen, die indigenes Land für die Ausbeutung der reichen Rohstoffvorkommen in Besitz genommen haben und dabei in Kauf nehmen, das für die lokale Bevölkerung lebensnotwendige Ökosystem aus Land, Flüssen und Meer zu zerstören. Plötzlich ist die Bismarcksee rot eingefärbt und der Verzehr von Fisch aufgrund der Verschmutzung durch Nickelminen, die ihr Abwasser ungefiltert einleiten, lebensgefährlich. Die Befriedigung der Profitinteressen der Investoren solcher Minenprojekte steht über allem. Der Markt für Nickel, Kupfer, Lithium und sogenannte Erden ist riesig, sind doch diese Metalle Basisstoffe für die Batterieproduktion, die für unsere sogenannte Energiewende (Stichwort Elektromobilität) so dringend benötigt werden. Hier sind es die Minen und die damit einhergehende Verschmutzung; in anderen Ländern des Globalen Südens, beispielsweise im Amazonasgebiet, werden Ökosysteme durch die Rodung von Wäldern vernichtet, um mittels neuer Weideflächen und Agrarnutzflächen für den Futteranbau unseren Hunger nach billigem Fleisch zu stillen.

Heinrich Böll konstatierte bereits 1985: »Wir leben in einer Verschwendungsgesellschaft, […] die Verschwendung als Wachstum ausgibt.« Wir können unseren missverstandenen Wohlstand nur aufrechterhalten, weil wir auf die Ausbeutung von Flächen in den Ländern des Globalen Südens setzen und die wahren Kosten unserer verschwenderischen Wachstumsgesellschaft nicht einpreisen.

Das Nachhaltigkeitsziel 15 der Vereinten Nationen fordert, dass das »Leben an Land« auch in Zukunft möglich und lebenswert sein soll. Hierfür sollen Ökosysteme geschützt oder wiederhergestellt werden, Land und Wälder nachhaltig bewirtschaftet, die Wüstenbildung und Bodendegradation bekämpft werden. Das ist an sich nichts Neues: Kleinbäuer*innen, in Papua-Neuguinea wie anderswo im Globalen Süden, haben über Generationen genau so gewirtschaftet. Sie sind der Schlüssel zu einer nachhaltigen Landnutzung. Doch sie können ihre gute Arbeit nur machen, wenn sie hierfür über ihr Land verfügen und sie es eigenverantwortlich und mit Respekt für das ökologische Gleichgewicht bewirtschaften. Lesen Sie auf den folgenden Seiten mutmachende Beispiele, wie nicht gegen, sondern mit dem Ökosystem eine nachhaltige Landnutzung erreicht werden kann.

In diesem Sinne: »Graun en Laip!«

Ihre Anna Goos

Geschäftsführerin SODI

Foto Titel: Jonathan Mesulam

EDITORIAL

Nachhaltiges und ökologisches Wirtschaften verträgt sich nicht mit einem engen Begriff von Bodeneigentum. Die Verfügungsgewalt muss dem Gemeinwohl verpflichtet sein.

Der **Boden** denen, die darauf **leben**!

Wem sonst, könnte man keck fragen, das ist doch ein Allgemeinplatz. In der Juristerei Bewanderte würden hingegen schon die Ohren spitzen. Denn rechtlich wird zwischen Bodeneigentum und -besitz unterschieden. Der Eigentümer darf mit dem Boden (fast) alles machen was er will: ihn bebauen, brach liegen lassen, verschenken oder verkaufen. Der Besitzer hingegen erwirbt das Recht, den Boden zu nutzen: für ein Häuschen, für das Beackern oder sonstiges Bewirtschaften. Das Recht am Boden war ursprünglich gar kein privates, es gehörte den darauf lebenden Gemeinschaften. In Europa existierte es als Allmende, als Gemeinde- oder Genossenschaftsbesitz. Stammeskriege um Land gab es durchaus auch in Papua-Neuguinea, doch die Idee eines Eigentums- oder Besitzrechts brachten erst die Missionare. Der Mensch ist als eine zeitweilige Erscheinung im ewigen Kreislauf des Lebens nur Nutzer auf Zeit.

Eigentums- und Besitzverhältnisse und ihre Verrechtlichung können konfliktentschärfend wirken, sie können aber auch das Gegenteil bewirken. Im England der beginnenden industriellen Revolutionen wurden Bäuer*inen von ihrem Land vertrieben, um darauf Schafwolle für die Manufakturen und Fabriken in großem Stile zu produzieren. Die großen und kleinen Kolonialmächte eigneten sich Land an, das sie mangels fester Besiedlung als herrenlos betrachteten, deren Bewohner*innen sie ermordeten oder vertrieben. Wanderfeldbäuer*innen und nomadische Viehzüchter*innen wurden von ihrem Grund verdrängt. Enteignet wird auch heute und hierzulande noch, etwa für Kohletagebaue und Autobahntrassen, für die Landschaften verwüstet und Bodenflächen versiegelt werden.

Leider wird durch den (Miss-)Brauch parzellierten Bodens nicht nur dieser in Mitleidenschaft gezogen. Als Elon Musk dem Land Brandenburg Wohlstand, Brot und Schönheit durch den Bau einer Tesla-Fabrik versprach, warfen ihm die Verantwortlichen den Baugrund geradezu hinterher. Gegen den Rat sämtlicher Umweltexpert*innen, die eine Absenkung des Grundwasserspiegels durch den hohen Wasserbedarf des Werkes befürchteten. In diesem Sommer musste das Wasser für Haushalte und Gärten in und um Grünheide rationiert werden. Noch drastischer sind die Folgen des Bergbaus. Neben der Verheerung von Acker- und Naturflächen gerieten großflächige Wasserkreisläufe aus den Fugen. Die prognostierte Auffüllung der Gruben durch Regenwasser trat nicht ein, stattdessen sank der Grundwasserpegel, Flüsse und Bäche nehmen ausgespülte Mineralien auf und verunreinigen Trinkwasserreservoire. Landwirte kämpfen mit Bodenerosion und Trockenheit. Wäre es nicht an der Zeit, dass Eigentum an Boden auch verpflichtet, nämlich zu regenerativer und nachhaltiger Nutzung? Etwas weniger verschwenderisch mit den natürlichen Ressourcen umzugehen?

Die Länder des Globalen Südens trifft der Raubbau am Boden besonders hart. Über Jahrhunderte wurde rücksichtslos alles entnommen, was der Norden für sich beanspruchte. Das endete nicht mit der Kolonialzeit. Die alten Abhängigkeiten bestehen oft weiter, die neuen Eliten orientierten sich an westlichen Explorationsmodellen, Akteure wie etwa internationale Konzerne oder Staatsfirmen, europäische oder chinesische, eignen sich Ackerflächen und Rohstofffelder an. Dabei gibt es durchaus vielversprechende Ansätze, Ökonomie und Naturbewahrung zusammenzudenken und entsprechend zu handeln. Wenn wir Abschied von einem sinnlos gewordenen Überflussversprechen nehmen, klappt es auch mit dem Kampf gegen den Klimawandel. Der Boden denen, die darauf leben!

MARIO PSCHERA ist Redakteur des Magazins WEITWINKEL und freier Medienschaffender in Berlin und Wien.

Foto: SODI

INTERVIEW MIT THI TRAN LANH

Vietnam möchte in der Agrarproduktion zu den Industriestaaten aufschließen. Doch die forcierte Modernisierung gefährdet die Lebensgrundlagen der Minderheiten in den Bergregionen.

»Indigene Hochlandwirtschaft respektiert die Natur.«

Was macht Ihre Organisation?

SPERI arbeitet mit indigenen Völkern zusammen, die in den tropischen Regenwaldgebieten im Hochland der Mekong-Region leben. Unser Arbeitsfeld ist die einzigartige ökologische Wechselbeziehung zwischen den indigenen Gemeinschaften und der Hochlandschaft. Es gründet auf eigener intensiver Forschung zu den indigenen Gemeinschaften und orientiert sich an deren Wunsch nach Souveränität in der Lebensgestaltung: am Recht auf ihr Land, an spirituellen Überzeugungen, eigener Lebensweise, einer Landwirtschaft auf Grundlage eigenen indigenen Wissens und einer harmonischen kooperativen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen im Zusammenwirken mit benachbarten Gemeinschaften und lokalen Behörden. Unsere Untersuchungen zeigten, wie wichtig es für eine nachhaltige Landwirtschaft im Hochland ist, das enge ökologische Zusammenspiel von Wäldern, Bergbauernhöfen und Reisfeldern im Tal zu erhalten. Leider befördert die staatliche Politik zur »Entwicklung des ländlichen Raums und zur Modernisierung« eine Industrialisierung der Landwirtschaft in diesen Gebieten, was verheerende Auswirkungen auf die Ökosysteme und die indigenen Gemeinschaften dort hat. Deshalb konzentrieren wir uns auf die Erhaltung heimischer ökologischer Formen von Landwirtschaft im Hochland.

Die Forstwirtschaft wird selten mit der Landwirtschaft in Verbindung gebracht, sondern eher in eine konkurrierende Beziehung gesetzt. Was ist Ihr Konzept?

In der europäischen Vorstellung sind Forst- und Landwirtschaft getrennte Bereiche - verschiedene Branchen einer Produktionsweise, die die Natur als etwas betrachtet, das man zerstückeln und für finanziellen Gewinn ausbeuten kann. Das ist eine verzerrte Sicht auf das Leben und die Natur. In der Welt der Indigenen sind Wälder, Hochebenen und Täler miteinander verbundene Teile eines ökologischen Ganzen, das es zu verehren und zu pflegen gilt. Es gibt zwei Formen von Landwirtschaft - die industrielle und die indigene, das heißt ökologische. Industrielle Landwirtschaft basiert auf großflächigen Monokulturen, das heißt, dem Anbau einer einzigen hybriden Pflanzenart Jahr für Jahr auf demselben Stück Land. Diese Art der Landwirtschaft erschöpft rasch die Bodenfruchtbarkeit, eine kontinuierliche Pflanzenproduktion erfordert dann den massiven Einsatz industriell hergestellter synthetischer Düngemittel mit hohem Stickstoffanteil. Diese aber greifen in das natürliche biotische Ökosystem des Bodens ein und führen zu Bodenerosion und Versalzung. Synthetische Nitrate gelangen in das Oberflächen- und Grundwasser, wo sie Menschen und Tiere vergiften. Nitrate in Flüssen und Seen begünstigen eine explosionsartige Ausbreitung Photosynthese betreibender Algen in der oberen und mittleren Wasserschicht, die den am Boden lebenden Pflanzen das Sonnenlicht nehmen, sie absterben lassen und durch den mikrobiotischen Abbau der Pflanzenreste dem Wasser den Sauerstoff entziehen, wodurch alles tierische Leben in den Gewässern vernichtet wird.

In der industriellen Landwirtschaft bieten große, dicht bepflanzte, stickstoffreiche, stark bewässerte und genetisch homogene Monokulturen ein ideales Umfeld für den Befall mit Schädlingen. Um dieses Problem zu lösen, setzt die industrielle Landwirtschaft große Mengen chemischer Pestizide ein, was mit erheblichen Belastungen für das Leben von Vögeln, Säugern, Insekten und Menschen einhergeht. Zusammen mit der großflächigen Umwandlung von Naturwäldern in industrielle Monokulturen haben diese Prozesse zu einem starken Rückgang der Artenvielfalt geführt, den Wissenschaftler*innen heute als das größte Problem der Welt ansehen. Wo hohe biologische Vielfalt herrscht, gibt es eine wirksamere natürliche Schädlingsbekämpfung, eine effektivere Bestäubung und einen wirksameren Nährstoffkreislauf. Das System insgesamt ist stabiler und widerstandsfähiger. Der übermäßige Einsatz von synthetischen Düngemitteln, Pestiziden und Herbiziden, der für industrielle

Foto: SODI

Monokulturen erforderlich ist, stört diese ökologischen Beziehungen und führt zu einem drastischen Verlust der mit der biologischen Vielfalt verbundenen ökologischen Funktionen.

Im Gegensatz dazu respektieren die indigenen Formen der Hochlandwirtschaft die Natur und ihre bedeutende Vielfalt. Die indigene Bevölkerung bewahrt die Wälder, in denen Hunderte von Baumarten wachsen und die Lebensraum für Tausende von Vogel-, Tier- und Insektenarten bieten, von denen viele als natürliche Schädlingsbekämpfer nützlich sind. Auch die indigene Landwirtschaft ist vielfältig, denn es werden Hunderte von einheimischen Pflanzenarten angebaut, im Gegensatz zu den wenigen Hybridpflanzen der industriellen Monokulturen. Indigene Landwirtschaftssysteme nutzen die gesamte Umwelt - Wälder, Hochebenen und Täler. Die Wälder werden als Reservoir für Wasser und Nährstoffe erhalten, die von den Hochebenen in die Täler gelangen und diese nähren. Sie sind die Quelle für pflanzliche Medizin, von Früchten und Samen, Vögeln und Insekten, aber auch anderer Tiere. Das Hochland wird für Wanderfeldbau und als Weideland genutzt. Hochlandwirtschaft beruht auf einem vielfältigen Gefüge von Feldern und Brachflächen, Restwald, Grasland und Plantagen. In den Tälern, in denen sich das Wasser sammelt, werden terrassenförmig Reisfelder angelegt. Dieses zusammenhängende Ökosystem, das eine vielfältige, integrierte und nachhaltige landwirtschaftliche Produktionsweise unterstützt, ist durch die staatlich geförderte ländliche Entwicklungs- und Modernisierungspolitik gefährdet, die auf die Industrialisierung des ländlichen Raums durch die Einführung ökologisch destruktiver und nicht nachhaltiger industrieller Monokulturen abzielt. SPERI setzt sich dagegen für den Erhalt der integrierten, ökologisch nachhaltigen Systeme der indigenen Landwirtschaft ein.

Welchen Einfluss hat Ihre Arbeit auf die Nahrungsmittelversorgung?

Die indigenen Gemeinschaften in den Hochlandgebieten der Mekong-Region sind mit einer fruchtbaren Natur gesegnet. Mit ihrem enzyklopädischen Wissen über Pflanzen und Tiere, Vegetationskalendarien und Böden, das sie über Generationen aufgebaut und weitergegeben haben, können sie ihren gesamten Nahrungsmittelbedarf unabhängig und mit nur mäßigem Arbeitsaufwand decken. Wenn sie jedoch von ihrem Land vertrieben werden, um Platz für Kautschukplantagen, Staudämme oder den Bergbau zu machen, und in eine unfruchtbare, fremde Ecke ihres Territoriums umgesiedelt werden, leiden sie unter schwerem Nahrungsmittelmangel und sind auf staatliche Zuwendungen in Form von Reislieferungen angewiesen. Derweil wird ihr eigenes Land, das einst alle benötigten Nahrungsmittel lieferte, für die Produktion von Rohstoffen für den Export verwendet. Die Gewinne daraus kommen nur den bereits Reichen und Saturierten zugute. Die Arbeit von SPERI zielt darauf ab, die Lebenssouveränität der indigenen Hochlandgemeinden zu bewahren, die davon abhängt, dass sie weiterhin Eigentümer*innen des Landes sind, das sie seit Generationen nachhaltig bewirtschaften. Mit Hilfe der Erkenntnisse des neuen Wissenschaftszweiges Agrarökologie wäre es möglich, das ehemals autarke Anbausystem der indigenen Völker in eines zu transformieren, das sichere, ökologisch erzeugte Lebensmittel wie grünen Tee, Maniok und Naturmais für die lokalen Märkte liefert – eine wertvolle Ergänzung der nationalen Lebensmittelversorgung und eine echte Alternative zu den ungesunden Produkten globaler Agrarindustrieunternehmen.

Inwieweit sind Sie mit Ihrem Ansatz erfolgreich?

Ausgehend davon, dass der Zugang zum angestammten Boden wesentlich für jeden anderen Aspekt der Souveränität über die eigene Lebensgestaltung ist, hat SPERI bislang den Großteil seiner Bemühungen darauf konzentriert, dass die Gemeinschaften indigener ethnischer Minderheiten rechtsfestes Eigentum an ihrem Land erlangen. In den letzten zwanzig Jahren haben SPERI und seine Vorgängerorganisationen die Zuweisung von über 60.000 Hektar Land an fast 10.000 Familien in fünfzig Gemeinden in Vietnam und Laos organisiert. Darüber hinaus übernahmen einige lokale Verwaltungen in etlichen Provinzen Vietnams den Ansatz von SPERI bei der Landvergabe, was den Wirkungsradius unserer Arbeit bei der Landvergabe insgesamt noch erweiterte.

Seit der Verabschiedung des vietnamesischen Grundrechts im Jahr 2013, das die Privatisierung von Boden zugunsten großer Unternehmen fördert, steht jedoch weniger Land für die Zuteilung an indigene Gemeinschaften zur Verfügung; nun muss daran gearbeitet werden, die Landflächen, die ihnen in den letzten zwanzig Jahren zugeteilt wurden, im Gemeinschaftsbesitz zu halten. Dort, wo in manchen Provinzen noch ungenutzte Parzellen für die Gemeinden zur Verfügung stehen, bemühen wir uns, dass ihnen dieses Land auch zugewiesen wird. Höchste Priorität hat jetzt jedoch die Sicherung der Verfügungsgewalt der Gemeinden über das Land, das ihnen bereits mithilfe der Arbeit von SPERI zugeteilt wurde. Um dieses Land vor dem Zugriff kommerzieller Interessen zu schützen, müssen starke Gemeinschaftsunternehmen entwickelt werden, die sich auf moderne agrarökologische Methoden stützen und die mit traditionellen indigenen Werten sowie dem Respekt vor der Natur in Einklang stehen. Ein wichtiger Teil unserer Arbeit besteht darin, die lokalen Behörden von den Vorteilen dieser speziellen Unternehmen zu überzeugen und uns gemeinsam gegen die Ausweitung der ökologisch verheerenden industriellen Landwirtschaft im Hochland einzusetzen. Diese Arbeit ist noch nicht abgeschlossen.

Wie gelingt es Ihnen, die Bäuer*innen einzubinden?

Auf der Grundlage langer und intensiver persönlicher Recherchen über die spirituelle, soziale, ökologische, historische, wirtschaftliche und politische Situation der Gemeinschaften, mit denen wir zusammenarbeiten, machen wir uns ein Bild von ihrer Situation, ihren Wünschen und ihren Bedürfnissen. Zusammen mit der Gemeinschaft erarbeiten wir dann eine Strategie zur Befriedigung dieser Bedürfnisse und Wünsche. Im Laufe dieses Prozesses entwickeln sich Leitfiguren (wir nennen sie Leitbauern), die natürliche Führungspersönlichkeiten sind und die den Mut haben, mit neuen Formen des gemeinschaftlichen Wirtschaftens zu experimentieren, die mit ihren eigenen kulturellen Werten vereinbar sind. Wir konzentrieren uns insbesondere auf die Entwicklung eines interethnischen und interregionalen Netzwerks junger indigener Führungskräfte für gemeinschaftsbasierte agrarökologische Unternehmen.

Die Fragen stellte Mario Pschera

THI TRAN LANH
ist Ökoanthropologin und Vorsitzende des »Social Policy Ecology Research Institute« Vietnam

INTERVIEW MIT JOACHIM LENZ

Die Einbindung der zentralasiatischen Landwirtschaft in die Weltwirtschaft führte in den letzten über hundert Jahren zu gewaltigen ökologischen Verwerfungen. Usbekistan beginnt sich von dieser Vergangenheit zu lösen.

Der Baumwollertrag ist nicht alles – wie Usbekistan neue Wege in der Landwirtschaft gehen will

Usbekistan ist bekannt für den intensiven Baumwollanbau, der scheint im Wandel begriffen zu sein – die Landwirtschaft soll anders, besser, nachhaltiger werden. Was hat es damit auf sich?

Ihre Frage zielt auf die Anfänge dieser Landwirtschaft im 19. Jahrhundert, eine wichtige und spannende Frage, die mit der Politik im zaristischen Russland zusammenhängt, wo eine Ausweitung der Flächen und Intensivierung des Baumwollanbaus zu Lasten der Landwirtschaft stattgefunden hat. Diese Intensivierung nahm dann in der sowjetischen Zeit regelrecht dramatische Züge an. Diese Intensivierung der Landwirtschaft, verbunden mit dem Eisenbahnausbau, hatte sehr viel mit dem »Great Game«, dem Machtspiel zwischen dem Britischen Empire und dem Russischen Reich zu tun – zwischen welchen der »Pufferstaat« Afghanistan entstand – und legte den Grundstein für viele, bis heute nachwirkende Konflikte. Die Baumwolle wurde für den Export angebaut, zugleich die bewässerungsintensive Landwirtschaft ausgebaut, mit entsprechenden Folgen. [Der Baumwollexport aus Russisch-Turkestan löste in Deutschland einen regelrechten Boom der Textilindustrie aus] Massiv verstärkt wurde der Ausbau in den 20er/30er Jahren, dann noch einmal in den 50er bis 70er Jahren. Diese Strukturen wirken bis in unsere heutige Zeit. Wir als reiche, sogenannte entwickelte Staaten dürfen uns dabei immer wieder an die eigene Nase fassen, weil diese Strukturen bis heute fortbestehen, sicher nicht mehr so krass ausbeuterisch wie früher, aber diese Form von Handelsbeziehungen, wo wir ein Interesse an gern billigen Rohstoffen haben, ist verbunden nicht nur mit negativen ökologischen Folgen, sondern auch mit einer Verarmung bis hin zu Hungersnöten in den Ländern des Globalen Südens. Im Falle Usbekistans, das ja ein Transformationsland ist und seit 2017 mit dem neuen Präsidenten eine stärkere Öffnung hin zu einem marktwirtschaftlichen System betreibt, sind die alten Traditionslinien europäischer Handelsbeziehungen weiterhin fortbestehend. Zwar gibt es mittlerweile Förderprogramme und Zollerleichterungen, aber wir als Europäer*innen müssen uns auch ehrlich machen: der Wunsch nach billiger Kleidung kollidiert mit den Bemühungen um faire Handelsbeziehungen. Das deutsche Lieferkettengesetz ist ein wichtiger Schritt, führt aber ohne ein Umschwenken im Konsum nicht weiter.

Usbekistan geht nun den Weg zu einer marktorientierten Wirtschaft, die erfreulicherweise die Wertschöpfung im Land selbst stabilisieren und stärken möchte. Das heißt, bezogen auf die Baumwolle, dass man keine weiterverarbeitete Baumwollfaser mehr exportiert. Ein großer Unterschied zu früher; die Wertschöpfung soll möglichst bis zum fertigen Kleidungsstück im Land bleiben, Arbeitsplätze schaffen und Steuereinnahmen für den Staat generieren. Das ist das Ziel, vorerst werden noch viele Baumwollgarne, also Halbfertigprodukte, ausgeführt, aber die Handelsgespräche mit Unternehmen in Europa und Nordamerika laufen, um in der Frage weiterzukommen.

Mit der Forcierung des Baumwollanbaus wurden die landwirtschaftlichen Flächen für die Ernährung zurückgedrängt, das Ferghana-Tal war einst die Speisekammer einer ganzen Region. Wie stehen die Flächen heute zueinander im Verhältnis?

Foto: Joachim Lenz

Im Vergleich zur sowjetischen Zeit hat sich das Verhältnis im Laufe der Zeit wieder zugunsten der Lebensmittelproduktion verschoben. Auf Flächen, die zum Baumwollanbau genutzt werden, soll als strategisches Ziel eine Fruchtfolge von fünfzig Prozent Baumwolle zu fünfzig Prozent Weizen erreicht werden. Damit soll die Ernährungssicherheit gewährleistet werden. Erwähnt werden muss natürlich, dass erhebliche Flächen für den permanenten Obst- und Gemüseanbau genutzt werden. Familien nutzen zudem ihre Gärten (die erheblich größer als deutsche Gärten sind) für die Selbstversorgung, Futterversorgung für Tiere und die Belieferung lokaler Märkte. Aber da ist sicher noch mehr möglich, und es ist auch politisch gewollt, dass der Baumwollanbau reduziert wird, vor allem auf Flächen, wo der Anbau aufgrund der Bodenbeschaffenheit und klimatischen Bedingungen sowieso nicht sehr sinnvoll ist. Im benachbarten Kyrgyzstan wurde der Baumwollanbau radikal zurückgefahren, weil er schon aufgrund der Höhenlagen kaum Ertrag verspricht. In Usbekistan gibt es ebenso Regionen, wo aufgrund klimatischer Bedingungen, Vegetationszeiten und Salzgehalt des Bodens es sinnvoll ist, generell die Landwirtschaft zurückzufahren.

Wie ist das Verhältnis von mechanisierter Landwirtschaft zu »händisch« betriebener Landwirtschaft?

Den Sektor der Bewässerungslandwirtschaft, die ja auch in der Sowjetära in Großstrukturen betrieben wurde, wo Baumwolle die dominierende Frucht war, beherrschen weiterhin, wenn auch nicht ausschließlich, Großbetriebe, dazu noch einige mittelgroße Betriebe, mit hohem Mechanisierungsgrad. Das muss man klar sagen, das ist eine mechanisierte Landwirtschaft. Trotzdem wird dort viel händisch gearbeitet, z.B. beim Unkrautjäten. Da werden wenig Chemikalien eingesetzt, weil auch die Arbeitskraft in der Regel dafür zur Verfügung steht. Es gibt Unterschiede in den Regionen, beispielsweise gibt es im Ferghanatal mehr Industrie, da gibt es nicht mehr ganz so viel verfügbare Arbeitskraft, aber insgesamt ist es immer noch eine junge Gesellschaft mit wachsender Bevölkerung, entsprechend sind viele Arbeitskräfte vorhanden, die froh sind, saisonal etwas dazuzuverdienen. Typischerweise sind das meist Frauen. Im Vergleich zu afrikanischen Ländern oder etwa Indien ist die usbekische Landwirtschaft hoch mechanisiert. Das schlägt sich natürlich auch in den Erträgen beim Baumwollanbau nieder. Der usbekische Durchschnittsertrag liegt in etwa bei dem globalen Durchschnittsertrag; Afrika liegt deutlich darunter, Länder wie USA, Australien und Israel entsprechend deutlich darüber.

Als 2009 die usbekische Baumwolle im Zuge einer Boykottkampagne für den Weltmarkt gesperrt wurde, war ein Kritikpunkt, dass unter anderem Schüler*innen und Student*innen für die Ernte zwangsverpflichtet wurden. Dazu wurde der Einsatz von Pestiziden kritisiert, die nicht nur die Bodengesundheit, sondern auch die der Menschen gefährdeten. Wie ist es derzeit darum bestellt?

Ich bin mir nicht sicher, ob der Einsatz von Chemikalien der vorrangige Aspekt bei der Kampagne war. Entscheidend war die Frage der Kinder- und Zwangsarbeit. Der Druck der Kampagne führte dazu, dass die Kinderarbeit gesetzlich verboten und das Verbot auch durchgesetzt wurde. Die ILO (Internationale Arbeitsorganisation) hat das über viele Jahre durch ein engmaschiges Monitoring begleitet. Mit dem Regierungswechsel konnte sie dies – als ein Novum – nun auch zusammen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren betreiben. Vielleicht mag es noch den einen oder anderen Distriktfürsten geben, der Zwangsarbeit für ein Mittel der Wahl hält, aber das hat sich deutlich verringert und bewegt sich mittlerweile im Promillebereich.

Dazu kam die Wasserfrage, der Verweis auf den dramatischen Schwund des Aralsees.

Ich möchte gern eine Lanze brechen für die Veränderungen, die bereits in den 1980ern begonnen haben, also noch zu sowjetischen Zeiten. Denn schon damals hat man die massiven Resistenzprobleme mit Schädlingen festgestellt und gemerkt, dass man mit Chemie nicht mehr so richtig weiterkommt. Es wurden Laboratorien eingerichtet, in denen Raubinsekten gezüchtet wurden, die die Schädlinge auf biologische Weise in Schach halten sollten. Die Resultate waren beeindruckend; und so wurde der Chemikalieneinsatz deutlich reduziert. Nichtsdestotrotz war die Gläubigkeit in Agrarchemikalien, wie in Europa und Nordamerika in den 1970er Jahren, extrem ausgeprägt. Mit den entsprechenden Folgen: Wir haben durch den Maisanbau in Europa immer noch eine Belastung des Grundwassers mit Atrazin [die Verwendung wurde 1995 verboten]. Das war kein typisch zentralasiatisches oder usbekisches sondern ein globales Thema. Gottseidank hat sich da viel getan, aber die Altlasten sind bis heute vorzufinden und zum Teil in Wasserproben nachweisbar. Die Veränderungen seit Ende der 1980er Jahre sind aber deutlich, das muss man zur Ehrenrettung der usbekischen Baumwolle sagen, und glücklicherweise sind diese Strukturen des biologischen Pflanzenschutzes, die damals entwickelt worden sind, durchaus noch vorhanden und können mit dem gewachsenen Bewusstsein für Umweltschutz auch weiter genutzt werden. Eigentlich ist das sogar ein Wettbewerbsvorteil der Region in der weltweiten Baumwollproduktion. Mit »Better Cotton« begleite ich eine Initiative in Zentralasien, die weltweit agiert, und sehe natürlich, dass beispielsweise in Indien weniger Wissen und weniger Strukturen um und für den biologischen Pflanzenschutz auf Ebene der Kleinbäuer*innen vorhanden sind. Aufgrund der Betriebsgrößen kann dieses Wissen natürlich auch in größerem Maßstab angewendet werden. Aber es gibt selbstverständlich noch eine Menge zu tun; wie auch bei uns, wo der Bioanteil auch noch nicht so groß ist, wie er eigentlich sein sollte.

Vielleicht ist das nur eine Nebenfrage: Als ich vor etlichen Jahren einige Seidenraupenproduktionsstätten im Ferghanatal besuchte, waren die dortigen Betreiber intensiv auf der Suche nach Möglichkeiten, chemische Farben zu vermeiden und wieder auf traditionelle Färbemittel umzusteigen. Sie hatten gemerkt, dass sehr viel Wissen verloren gegangen war und sind bis nach Indien gegangen, um die alten Rezepturen wiederzufinden. Beispielsweise bei den Nachkommen derer, die in den 1930er Jahren als sogenannte Basmatschi [bäuerlicher Widerstand gegen die Zwangskollektivierung] geflüchtet waren. Gibt es mehr solcher Beispiele, dass ein derartiger Wissenstransfer zu traditionellen Methoden stattfindet?

Das ist etwas, was wir mit diesem Projekt der GIZ [Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit] in Bezug auf die Baumwolle und nachhaltigen Lieferketten in Indien, Kamerun, Burkina Faso und Usbekistan durchführen. Dieses Globalvorhaben zu

nachhaltigen Lieferketten ermöglicht den Wissenstransfer, den Austausch über die Erfahrungen in anderen Ländern und wie man voneinander lernen kann. Das ist der Vorteil dieser »Better Cotton Initiative«, dass es die Möglichkeit des globalen Austausches gibt. In Usbekistan selber versuchen wir das Bewusstsein zu stärken, dass man mit biologischem Pflanzenschutz sehr weit kommen kann, dabei Geld spart und damit der Anbau profitabler wird. Das wird auch verstanden. Aber in der Landwirtschaft ist es immer so, dass es seine Zeit braucht. Wir haben es mit jährlichen Vegetationszyklen zu tun, man probiert deshalb sinnvollerweise nicht auf der ganzen Produktionsfläche etwas Neues aus, sondern auf kleineren Teilflächen, um zu sehen, wie man damit zurechtkommt. Deshalb nimmt eine Ausweitung neuer Methoden eine gewisse Zeit in Anspruch.

Gerade in Usbekistan betrifft das nicht nur die Baumwolle, dort werden ja auch Mischstoffe hergestellt, zum Beispiel mit Seide. Bei der Seidenproduktion versucht man weitgehend chemikalienfrei zu arbeiten. Wie schaut es in den übrigen Sektoren auf den Dörfern aus? Gibt es da etwas, was nach unserem Verständnis als ökologische Landwirtschaft bezeichnet werden könnte?

Baumwollanbau findet nicht auf kleinteiligen Flächen statt, das ist mechanisierte Landwirtschaft. Die Haushaltsgärten sind getrennt zu betrachten, da will man – wie etwa bei uns in den Schrebergärten – für die eigene Nahrungsmittelproduktion gar keine Chemie einsetzen. Aber da fehlt mir der tiefere Einblick. Aber wenn wir als Europäer den Begriff ökologische Landwirtschaft verwenden, müssen wir uns bewusst sein, dass der Begriff aufgrund der EU-Bio-Verordnungen klar gesetzlich definiert ist und nur dann verwendet werden darf, wenn der Anbau diesen Richtlinien folgt. Wenn anderswo der Anbau mit reduziertem chemischem Einsatz stattfindet, ist er demzufolge nicht ökologisch zu nennen. Ich bin, auch in Bezug auf Deutschland, sehr stark an dem Thema »Regenerative Landwirtschaft« interessiert, was ich für ein zukunftsfähiges Konzept halte und in Usbekistan mit in meine Arbeit aufnehme. Unabhängig von der Frage der EU-Bio-Richtlinien oder des reduzierten chemischen Düngereinsatzes sollte man diesem Prinzip folgen, um zu sehen, wie man mehr mit der Natur, mit dem System Boden–Pflanze–Tier arbeiten kann statt dagegen. Das ist ja das, was die klassische konventionelle Landwirtschaft tut, dass sie dagegenhält und damit das System massiv stört und schädigt, Pflanzen, Bakterien und den Boden ausbeutet – Stichwort Humusabbau. Gerade unter dem Gesichtspunkt der Klimarelevanz, wo der Humusaufbau die Möglichkeit eröffnet, CO_2 wieder in den

Boden einzubinden, ist der Ansatz, das System zu stärken, ein sehr zukunftsfähiges Modell. Deshalb spreche ich nicht von ökologischer Landwirtschaft wie in Europa, wo es klare Definitionen dafür gibt, sondern werbe dafür, nationale Nachhaltigkeitsstandards in der Landwirtschaft zu entwickeln. Es gibt ein großes Interesse auf der politischen Ebene daran, das usbekische Landwirtschaftsministerium möchte die Grundlagen der »Better Cotton Initiative« (die ein Privatstandard sind) gern zum nationalen Standard erheben, möglichst noch gestern. Usbekistan hat als Land, auf der politischen Ebene [was ein Novum ist] einen Nachhaltigkeitsbericht verfasst. Das ist im Zusammenhang mit der politischen Umorientierung und der Öffnung des Landes zu sehen, dass es ein genuines Interesse daran gibt, in der Frage voranzukommen. Man muss die Politik fast schon ein wenig bremsen, da sich das nicht wie zu Sowjetzeiten von oben verordnen lässt. Aber es ist erfreulich und eröffnet natürlich Möglichkeiten für Akteur*innen, seien es Bäuer*innen oder Initiativen.

Bodenverteilung – Bodenfruchtbarkeit – Bodenerosion, wie steht es darum in Usbekistan? Gibt es Unterschiede in den Regionen, welche Maßnahmen werden dazu ergriffen? Wie schaut es mit der Wasserfrage aus, die in der Vergangenheit häufig zu Konflikten geführt hat? Trotz der großen Bewässerungsprojekte noch aus der Sowjetzeit hat Usbekistan eine lange Tradition wassersparender Irrigationssysteme. Gibt es Ansätze, auf diese alten Techniken zurückzugreifen?

Der Boden ist über die Jahre in der ganzen Region schlechter geworden, infolge der intensiven Bewirtschaftung und der früheren engen Fruchtfolge, viel Baumwolle und wenig anderes. Dazu viel mineralische Düngung und mechanische Bodenbearbeitung, was zum Humusabbau führt. In Usbekistan, Tadschikistan und dem Süden Kasachstans sind die Humusgehalte der Böden sehr niedrig. Das hat dramatische Auswirkung nicht nur auf die Bodenfruchtbarkeit, also die Nährstoffversorgung aus dem Boden, sondern auch auf die Fähigkeit des Bodens, Wasser zu speichern. Das verursacht auch die Erosion ausgetrockneter Böden durch den Wind, vor allem in den offenen Landschaften, aber auch die Erosion durch die Bewässerungslandwirtschaft selbst. Es gibt viele Bestrebungen, sei es durch Projektarbeit, sei es durch die politische Ebene und die Landwirte selbst, dieser miserablen Lage durch die Änderung des Bewässerungssystems im kleinen wie großen Maßstab entgegenzuwirken. Da wird auch durch staatliche Investitionsprogramme Tröpfchenbewässerung und ähnliches auf dem Feld gefördert, damit sowohl Wasser gespart als auch Erosion vermieden wird. Aber es heißt ein dickes Brett zu bohren, Boden wiederherzustellen, das dauert und geht nicht innerhalb weniger Jahre vonstatten. Das erwähnte Konzept der regenerativen Landwirtschaft ist dafür sehr geeignet, auch ein Verständnis dafür zu entwickeln, was biologisch und biochemisch in dem System Boden-Pflanze-Tier stattfindet; stabile, gesunde Erträge zu erzielen, weniger Schädlings- oder auch Unkrautdruck zu haben, eine positive

Fotos: Jeanine Dağyeli

Bodenfruchtbarkeit aufzubauen. Das wird noch Jahrzehnte dauern, das ist eine riesige Herausforderung, nicht nur für diese Region, sondern in unterschiedlich starker Ausprägung insgesamt auf der Welt. Da ist noch viel Projektarbeit nötig, und ich hoffe sehr, dass auch für diese Regionen Möglichkeiten geschaffen werden, über CO_2-Kompensationsprogramme noch mal einen zusätzlichen ökonomischen Anreiz zu schaffen, den Boden stärker als CO_2-Senke zu nutzen. Dann würden sich Landwirte mehr darum bemühen, weil das auch Einnahmen generiert.

Zum Wasserverbrauch möchte ich voranstellen, dass Wasser natürlich nicht »verbraucht« wird; es wechselt den Ort oder Aggregatzustand, kann verschmutzt und kontaminiert werden – anders als fossile Energieträger, die tatsächlich verbraucht werden. Wir erleben nur immer mehr, dass es heute an vielen Stellen fehlt und an anderen viel zu viel davon ist. Wir sollten eher vom Wassergebrauch sprechen.

In Zentralasien ist durch den massiven Ausbau der Landwirtschaft in den letzten hundert Jahren, auch des Baumwollanbaus, der Bedarf an Wasser enorm angestiegen. Damit einher ging ein enormes Bevölkerungswachstum; die Rede ist von einer Verzehnfachung der Bevölkerung in diesen hundert Jahren. Der Anstieg der Wassernutzung durch Mensch und Tier hat dazu geführt, dass der Aralsee nur noch ein Bruchteil der ursprünglichen Menge an Wasser fasst und einen Salzgehalt wie das Tote Meer hat. Eine Rückkehr zu den alten Irrigationsmethoden, etwa zu Tonröhren wie noch bis ins 19. Jahrhundert, ist allerdings nicht realistisch. Man müsste viele Menschen umsiedeln, an andere Orte, wo es mehr Wasser gibt. Man könnte die landwirtschaftliche Fläche insgesamt verringern, nicht nur für Baumwolle. Baumwolle ist eigentlich eine vergleichsweise anspruchslose, auch salztolerante Kulturpflanze, also gut standortangepasst. Das Problem ist einfach die schiere Menge an Pflanzungen. Die politische Führung hat signalisiert, dass die Anbaufläche für Baumwolle reduziert wird. Der entscheidende Hebel wird sein, wie man das Bewässerungssystem verändert. Man muss sich vergegenwärtigen, dass fünfzig Prozent des Wassers des größten Flusses, des Amurdarya, nach Turkmenistan gehen. Dorthin wurde ein Kanal gebaut, der kein Wasserschloss hat, wo nichts reguliert werden kann. Das Wasser fließt, ob es gebraucht wird oder nicht. Die angesprochenen Konflikte um Wasser zwischen den Staaten Usbekistan, Kyrgyzstan, Tadschikistan, Turkmenistan und Kasachstan sind weiterhin ein Problem; der Streit, wer wann wie viel Wasser bekommt, dauert an. Mittlerweile versucht man wieder zu kooperieren, man spricht wieder miteinander. Die Bauten, die noch zu Sowjetzeiten konzipiert wurden, namentlich der riesige Stausee Rogun in Tadschikistan, der jetzt erst fertiggestellt wurde, könnten noch einmal wichtig werden, um das weniger werdende Wasser, das aus den Hochgebirgen Pamir und den Ausläufern des Tienschan kommt, besser zu steuern. In vierzig oder fünfzig Jahren wird man wahrscheinlich froh sein, diese Möglichkeit zu haben. Freilich muss man dann den Fokus weniger auf die Stromerzeugung und Landwirtschaftsbewässerung legen – wie es jetzt der Fall ist – sondern darauf, überhaupt ausreichend Wasser zur Verfügung zu haben und verteilen zu können. Das wird auch in dieser Region noch dramatisch werden, wenn auch mit einer gewissen Zeitverzögerung. Noch gibt es die Gletscher auf bis zu 7000 Metern, anders als in den Alpen, wo ein Ende der Gletscher schon abzusehen ist. Die Wassernutzung ist ein Riesenthema; was der einzelne Bauer oder die Bäuerin auf dem Acker betreibt, ist nur ein Bruchteil davon. Eine Rückbesinnung auf alte Bewässerungsmethoden wird da nicht weiterhelfen. Man wird sehr viel mehr intervenieren müssen, etwa bei den Versickerungsverlusten der großen Kanäle, die teilweise nicht betoniert sind, bei offenen Wasserführungen und großen, flachen Staubecken hohe Verdunstungsraten haben. Das Drainagesystem muss verbessert werden, das Überschusswasser bei der Nicht-Tröpfchenbewässerung wird nicht genutzt. Das führt in den Regionen weiter flussabwärts zu den Versalzungseffekten. Dieses Überschusswasser muss gesammelt und einer Zweitnutzung zugeführt werden, wie man das beispielsweise in Israel schon sehr lange praktiziert, wo man auf kleiner Fläche sehr produktiv arbeiten muss. Für eine so große Region wie Usbekistan und seine Nachbarn braucht es viel Zeit und hohe Investitionen.

Eine letzte Frage zum gesellschaftlichen Aspekt. Mittelasien hat eine lange Tradition kooperativer Wasser- und Bodenbewirtschaftung. Die Kolchosen, die Kollektivbetriebe aus der Sowjetzeit, sind im Wesentlichen Geschichte; in welchen Strukturen findet heute Agrarwirtschaft statt? Gibt es Ansätze zu genossenschaftlicher Bewirtschaftung?

Baumwollanbau in Usbekistan ist etwas für große Betriebe, da wird für den Export auf Menge produziert. Seit der Unabhängigkeit hat Usbekistan drei größere Landreformen durchgeführt. Bereits beim ersten Programm wurden Kredite der Weltbank davon abhängig gemacht, die Produktion kleinbäuerlicher zu organisieren, Landnutzungsrechte zu vergeben (Usbekistan kennt keinen privatwirtschaftlichen Bodenmarkt, Boden bleibt im Besitz des Staates). Mit der Förderung kleinbäuerlicher Strukturen kamen aber auch Probleme auf, weil den einzelnen Akteuren die Erfahrung über Generationen mit bäuerlicher Selbständigkeit wie etwa in Deutschland fehlte, die Produktivität zu wünschen übrig ließ. Dann wurde teilweise umgestellt auf eine Struktur, die wir in Deutschland als bäuerlichen Familienbetrieb bezeichnen würden, mit Flächen von etwa 200 bis 250 Hektar, also mittelgroße Betriebe. In den letzten Jahren hat man noch einmal einen Schwenk vollzogen, hin zu Strukturen, die sich an die alten Kolchosstrukturen anlehnen, aber privatwirtschaftlich organisiert sind. Obwohl das erst seit drei Jahren greift, wird das auch schon wieder kritisch hinterfragt. Genossenschaftsbildung für noch bestehende mittlere Betriebe als Ergänzung wird in Erwägung gezogen, auch auf politischer Ebene. Derzeit wird ein Gesetz dazu in Anlehnung an deutsches Genossenschaftsrecht vorbereitet. Die Nachteile der Großstrukturen, die gewissermaßen auch regionale Monopole schaffen und zum Teil im Vertragsanbau die Produkte mittelgroßer Betriebe aufnehmen und weiterverarbeiten, werden erkannt. Genossenschaften werden als Alternative gesehen, um mehr privatwirtschaftlichen Wettbewerb entstehen zu lassen. Aufgrund der Erfahrung mit der (Zwangs-)Kollektivierung hegen allerdings viele Menschen Vorbehalte gegen ein solches Modell, es fehlt noch die Vorstellungskraft, dass man sich auch freiwillig zusammenschließen könnte. Da bedarf es noch etlicher Vorzeigeprojekte und Überzeugungsarbeit. Ein Austausch von Delegationen, um das Genossenschaftswesen in Deutschland kennenzulernen und dort vorzustellen, würde sicherlich dabei helfen.

JOACHIM LENZ
ist Berater für nachhaltige Landwirtschaft und Lieferketten und arbeitet seit 2011 u.a. in Zentralasien

Weiterlesen

Am 25. Oktober 2022 verstarb der US-amerikanische Historiker und Urbanist Mike Davis, mit seinen skeptischen, oft als dystopisch wahrgenommenen Büchern wie »City of Quarz – Ausgrabungen der Zukunft in Los Angeles« oder »Planet der Slums« ein Außenseiter des akademischen Betriebes. Gerade jedoch, weil er sich von jedem Zweckoptimismus frei machte, gelangen ihm aufgrund seiner Beobachtungen und Analysen, der Verbindung von Wirtschaftsdaten, Natur- und sozialwissenschaftlicher Forschung bemerkenswert treffsichere Vorhersagen zu Entwicklungen des Krisenkapitalismus im Anthropozän.

Ein Standardwerk, das in die Hand zu nehmen, sich immer wieder lohnt, ist das 2001 in London erschienene, 2004 auf Deutsch publizierte »Die Geburt der Dritten Welt«, das nicht nur mit Legenden über das Goldene Zeitalter des Kapitalismus aufräumt, sondern die Bedingtheit von »liberalisierten Märkten«, Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen und gewachsener sozialer Strukturen und Massensterben deutlich vor Augen führt.

Von 1876 bis 1902 erfassten drei Dürrewellen fast den gesamten tropischen Monsungürtel, sie reichten von Nord- bis Südafrika, China, Indien, Korea, Russland bis nach Brasilien; ihnen folgten Massenepidemien. Etwa dreißig bis fünfzig Millionen Menschen fielen ihnen zum Opfer, in Äthiopien und Sudan etwa starb ein Drittel der Bevölkerung. Dies war freilich keine »natürliche Folge« von Naturereignissen, wie das bis heute in der Berichterstattung das vorherrschende Bild ist. Davis zitiert den Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi: »Die über die Einheimischen hereingebrochene Katastrophe ist die direkte Folge der schnellen und heftigen Zerstörung der grundlegenden gesellschaftlichen Institutionen der betroffenen Gesellschaften (ob bei diesem Prozess Gewalt angewandt wird, erscheint insgesamt irrelevant). Diese Institutionen zerbrechen bereits angesichts der Tatsache, dass einer völlig andersartig organisierten Gemeinschaft die Marktwirtschaft aufgezwungen wird. Arbeitskraft und Boden werden zu Waren gemacht, was wiederum nur eine Kurzformel für die Liquidation aller und jedweder kultureller Institutionen in einer organisch strukturierten Gesellschaft darstellt. […] In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verhungerten die Massen Indiens nicht deshalb, weil sie von Lancashire ausgebeutet wurden; sie gingen vielmehr deshalb in großer Zahl zugrunde, weil die indische Dorfgemeinschaft zerstört worden war.« Ersetzt man Jahreszahlen und Namen, könnte dies auch die Beschreibung der Situation in den Krisengebieten Eritrea oder Jemen sein. Die Einbindung der afrikanischen und asiatischen Bäuer*innen in den Weltmarkt hieß auch, sie dem dysfunktionalen Markt auszuliefern, von der Bildung von Naturalreserven für Ernteausfälle zur Kapitalakkumulation zu gehen und damit nicht nach Bedarf, sondern nach finanziellem Ertrag zu wirtschaften. Hungerkrisen in der »unzivilisierten Welt« waren immer auch ein Einfallstor für imperiale Landnahme, etwa dass man den Bäuer*innen das Land für Bergbau und Plantagenwirtschaft abnahm oder Handelserleichterungen und politische Zugeständnisse gegen Lebensmittelhilfe forderte. Bis zu einem gewissem Grade bewirkte der Hungertod, zynisch gesprochen, eine Freisetzung von Arbeitskräften, die, ihrer Familie und ihres sozialen Umfelds beraubt, die nötige Mobilität aufbrachten, in schlecht bezahlte Lohnarbeit einzutreten. Ohne vorkoloniale Gesellschaften unnötig zu romantisieren, änderte doch die koloniale Transformation des Produktionssystems zudem die Wirkung von Klimafaktoren. Das begann mit der Abholzung von Wäldern, der Einführung von Monokulturen und hörte mit künstlichen Wasserstraßen und großflächigen Umsiedlungen – und damit dem Verfall von Kulturland – nicht auf. Das Ausbleiben etwa des dringend benötigten Monsuns allein würde noch keine Hungersnot auslösen, klimatische Schwankungen sind nicht so selten. Britische Kolonialbeamte sahen bereits in den 1860er Jahren die Not aufziehen, allein weigerte sich die Administration, kooperative Vorsorgemaßnahmen wie Wasser- und Getreidespeicher anzulegen oder die Preise für Nahrungsmittel zu deckeln. In der Folge steckte jeder, der es sich leisten konnte, sein Vermögen in die Lebensmittelspekulation, was dazu führte, dass die Armen vor gefüllten Speichern verhungerten. Interessant ist dabei der Aspekt, dass die lokalen Eliten, von der Kolonialmacht gepäppelt und gepudert, dem Sterben tatenlos zusahen. Die Monetarisierung der Hungerhilfe etwa in China führte dazu, dass lokale Verwalter der Hilfsfonds sich 1848/49 mit den Getreidehändlern zusammentaten, um die Preise hochzutreiben und nebenbei Summen für erfundene hilfsbedürftige Bäuer*innen einzustreichen. Die Umwidmung von Flächen für den Baumwollanbau und die Niederringung der lokalen Produktion durch industriell gefertigte Garne taten ihr Übriges, Existenzgrundlagen zu vernichten. Die Einbindung in die Weltwirtschaft als Lieferreservoir ohne Chance auf eigenständige Entwicklung lastet immer noch als schweres Erbe auf den Ländern der sogenannten Dritten Welt. Lässt sich etwa aus der Geschichte lernen? Genau das, was die Entwicklungszusammenarbeit sich zur Aufgabe gemacht hat – die Stärkung regionaler Wirtschafts- und Sozialstrukturen, die Voraussetzungen für die Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards zu schaffen, faire Handelsbeziehungen aufzubauen, die Folgen des Raubbaus an der Natur zu bekämpfen. »Die Geburt der Dritten Welt« zieht das Fazit, dass nicht Naturgewalten, sondern konkretes Menschenhandeln für Leben und Sterben verantwortlich ist.

Mike Davis:
Die Geburt der Dritten Welt.
Hungerkatastrophen und Massenvernichtung im imperialistischen Zeitalter
Assoziation A, 2004 und 2019, 464 S., 20,00 EUR

INTERVIEW MIT ALEKSEI NESTERENKO

Belarus will sechsunddreißig Jahre nach Tschernobyl zu einer Normalität zurückkehren, die es auch in Generationen noch nicht geben wird. Die tödlichen Gefahren werden dabei ignoriert.

»Wir hätten nie wieder zurückkehren dürfen.«

Das belarussische Institut für Strahlensicherheit (Belrad) wurde 1990 gegründet, um mittels selbst entwickelter Radiometer die Strahlenbelastung von Lebensmitteln in den radioaktiv verseuchten Gebieten von Belarus zu ermitteln. Damit einher gehen Aufklärungskampagnen für die Bevölkerung und Hilfsprojekte, um mit eigens hergestellten Pektinpräparaten die Ausscheidung von Radionukliden aus dem Körper zu beschleunigen oder etwa Kinder für eine begrenzte Zeit aus den belasteten Gebieten zu bringen. Doch die Arbeit von Belrad ist gefährdet, seit die Regierung beschlossen hat, die Dauerbelastung für beendet zu erklären. Die Armut zwingt die Menschen etwa Waldpilze zu sammeln, die über Litauen auch in die Europäische Union auf den Markt gelangen.

Die Folgen der Nuklearkatastrophe sind in Belarus immer noch gegenwärtig. Wie groß sind die davon betroffenen Flächen?

Etwa zwanzig Prozent des Gesamtterritoriums sind von der Verstrahlung betroffen, darauf leben ungefähr eine Million Menschen, 350.000 davon sind Kinder.

Wie muss man sich das Leben der Bevölkerung in den verstrahlten Gebieten vorstellen, wovon leben die Menschen?

Die Mehrzahl der Bevölkerung geht einer Arbeit nach, außer den Pensionär*innen natürlich. Die Löhne sind aber so niedrig, dass das Einkommen nicht ausreicht, Lebensmittel in Geschäften einzukaufen. Der Großteil der Nahrungsmittel kommt aus den eigenen Gärten hinterm Haus und dem, was die Leute im Wald sammeln.

Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um die radioaktive Belastung zu mindern, etwa durch Bodenaustausch?

Auf den Flächen, die landwirtschaftlich genutzt werden, wurde der Boden ausgetauscht, oder man hat durch mineralische Düngung Nuklide gebunden. Dadurch hat sich tatsächlich die Gefahr für die dort arbeitenden Menschen etwas verringert und die radioaktive Belastung der geernteten Früchte liegt noch innerhalb der Grenzwerte. In den letzten zehn Jahren haben wir als Organisation die Kontrolle von Produkten übernommen, die aus Milch hergestellt werden. Und in dieser Zeit konnten wir keine Überschreitung der Grenzwerte in Milchprodukten, weder der für Kinder noch für Erwachsene feststellen. Um aber auf die Frage nach der Arbeit zurückzukommen: um Technologie einzusetzen, um das Land zu dekontaminieren, bedarf es hoher Investitionen. Die Menschen, die auf dem Land arbeiten, sind nach wie vor einem großen Risiko ausgesetzt. Die Regierung hat entschieden, dass es sich lohnt, weiter in der Landwirtschaft zu arbeiten. Auch wenn die

Beschäftigten dort nur ein paar Kopeken für ihre Arbeit erhalten. Unserer Meinung nach ist es viel problematischer, dass ein erheblicher Teil der (aufgrund der radioaktiven Belastung) zwischenzeitlich brachliegenden Flächen wieder in die Fläche der Kolchosen [Kollektivlandwirtschaften] für die Lebensmittelproduktion eingebracht wird. Man hätte 1986, als die Katastrophe passierte, diese Territorien umgehend verlassen müssen und nie wieder zurückkehren dürfen. Doch es kam anders, und unser Staat hat aus verschiedenen Gründen entschieden, das zu nutzen, was wir haben, trotz der Belastung.

Apropos Strahlenbelastung: Welche Maßnahmen werden von staatlicher Seite ergriffen, um den Betroffenen zu helfen, und welche werden nicht ergriffen, wo müssen Organisationen wie die Ihre einspringen?

Lassen Sie uns mit der staatlichen Seite beginnen: In den Jahren der Unabhängigkeit seit 1992 wurde, ganz ohne Ironie, sehr viel getan. Eine ganz wichtige Sache war die Umstellung der Heizsysteme in den Dörfern auf Gas. Denn Holz, das vorher zu Heizzwecken verbrannt wurde, war ganz besonders kontaminiert. Als zweites ist zu nennen, dass die Kinder in den betroffenen Siedlungen über mehrere Jahre in den Schulen kostenlos mit unverseuchten Lebensmitteln versorgt wurden. Dazu kam, dass Schüler*innen von der ersten bis zur zehnten Klasse bis zu dreimal im Jahr kostenlos in Erholungslager geschickt wurden. Das alles änderte sich zu Beginn des Jahres 2008, meiner Ansicht nach aus drei Gründen: einmal wirtschaftliche – alles verteuerte sich und das Geld reichte für die Erholungslager usw. schlichtweg nicht mehr aus. Zum zweiten fiel dann die Entscheidung, in Belarus ein Atomkraftwerk zu bauen. Man gab sich redlich Mühe, dass der Bau des Atomkraftwerks nicht in einen Zusammenhang mit der Katastrophe von Tschernobyl gebracht wird. Wir als Organisation haben uns seit unserer Gründung darauf konzentriert, für diejenigen in den Gegenden, die vom Staat keinerlei Unterstützung erhalten, aktiv zu werden. Das ist in erster Linie die Überwachung der Lebensmittel auf radioaktive Belastung, die von den Menschen selbst angebaut werden, und jenen, die traditionell im Wald gesammelt werden – Wild, Pilze, Beeren, alles, was einfach und ohne großes Geld beschafft werden kann. Wir waren die ersten, die solche Untersuchungen vornahmen. Später nahm unser Institut auch Messungen darüber vor, wieviel Nuklide sich in den Körpern von Kindern und Schwangeren eingelagert hatten. Von staatlicher Seite gab es dergleichen nicht. Erst viel später wurde beim Gesundheitsministerium eine Abteilung zur Messung der Strahlenbelastung eingerichtet. Aber die staatlichen Untersuchungen wurden nur einmal im Jahr vorgenommen. Die Leute gehen normalerweise nur ins Krankenhaus, wenn sie Beschwerden haben. Wir haben eine mobile Ausrüstung und können die Messungen vor Ort etwa drei bis viermal im Jahr durchführen. Dadurch konnten wir natürlich viel besser die Dynamik über Jahre hinweg verfolgen. Mit der geänderten Sachlage hinsichtlich der Bewertung beschloss das Ministerium 2007, dass unser Institut als aufgelöst zu betrachten sei. Denn die von uns erhobenen Daten unterschieden sich erheblich von den offiziell verkündeten. Unser Institut war heftigen Angriffen ausgesetzt, über Monate versuchten die Gesundheitsverwaltung, Polizei und Steuerverwaltung uns irgendwelche Verfehlungen nachzuweisen, um irgendeinen einen Grund zu finden, das Institut zu schließen. Dieser Druck führte letztlich dazu, dass mein Vater starb, der das Institut gegründet und leidenschaftlich für eine Verbesserung in den verseuchten Gebieten gekämpft hatte.

Gibt es offizielle Zahlen darüber, wie viele Menschen pro Jahr an den Folgen der radioaktiven Verseuchung sterben?

Nein. Solche Daten werden bewusst nicht erhoben. Die Einschätzungen zu den Erkrankungen aus medizinischer Sicht haben sich in den letzten Jahren stark verändert. Noch Ende 2000 wurde ein sogenanntes Tschernobyl-Register über sämtliche Bewohner*innen der betroffenen Region eingerichtet. Darin waren auch jene registriert, die in dekontaminierte Gebiete oder in die Städte umgezogen waren. Erfasst waren auch die Familien der »Liquidatoren«, die mit hoher Opferbereitschaft 1986 die ersten Aufräumarbeiten nach der Katastrophe geleistet haben [und in die noch brennenden AKW-Gebäude geschickt worden waren]. In dieser Zeit erschienen viele Zeitungsartikel, über die tatsächliche Situation und die tatsächlichen Ausmaße. So ein Register wurde sowohl in Belarus als auch in Russland eingerichtet. Binnen eines Jahres wurden die Daten des Registers dann zusammengeführt und ausgewertet. Doch dann schien Tschernobyl vergessen. 2010 erklärte das belarussische Gesundheitsministerium, die Zahl und Schwere von Erkrankungen in den verseuchten Gebieten sei nicht höher als in anderen Landesteilen. Selbst der Direktor des Instituts für Humanökologie referierte auf einer wissenschaftlichen Konferenz, dass sich die Strahlenbelastung auf einem normalen Niveau bewege. Seltsamerweise beträgt in den betroffenen Gebieten wie etwa im Bezirk Gomel die Zahl der missgebildeten oder sonstig dauerhaft geschädigten Kinder das Dreißigfache der Rate in anderen Regionen. Nach seinen Worten habe das keinesfalls etwas mit Tschernobyl zu tun, das Phänomen müsse erst noch weiter untersucht werden.

Wir müssen immer wieder daran erinnern, dass so etwas wie in Tschernobyl jederzeit in ganz Europa passieren kann, niemand ist davor gefeit. Deshalb wünschen wir uns allen einen kühlen Kopf und heiße Herzen, gerade auch in diesen schwierigen und beschwerlichen Zeiten.

ALEKSEI NESTERENKO
ist Ökologe und Direktor des Minsker »Instituts für Strahlensicherheit«

Weiterlesen

Über mehrere Jahre hat die Literaturpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch mit Menschen gesprochen, deren Leben von der Katastrophe aus der Bahn geworfen wurde: mit kranken und sterbenden Soldaten, mit Witwen von Liquidatoren, Müttern und Kindern, Wissenschaftler*innen und Bäuer*innen. Waren die Folgen unmittelbar nach dem Reaktorunfall offensichtlich, wird die unsichtbare Bedrohung durch die Strahlung oft verdrängt; auch durch jene, die ihre Existenz in einer Zone des langsamen Todes sichern müssen.

Swetlana Alexijewitsch:
Tschernobyl. Eine Chronik der Zukunft
Suhrkamp Verlag 2022
372 S., 18,00 EUR

Fotos: SODI

EMMANUEL PENI UND JONATHAM MESULAM

In der stark segmentierten Gesellschaft Papua-Neuguineas war der Widerstand gegen Landraub und Umweltzerstörung bislang nur gering ausgeprägt. Das ändert sich gerade.

»Wir wollen keinen Tiefseebergbau, wir sind schon heute aufgrund des Klimawandels durch Krisen bedroht.«

Dass die Ureinwohner*innen Australiens und Papua-Neuguineas ihrer natürlichen Lebensgrundlagen beraubt werden, ist keine Neuigkeit. Der Bergbau verwüstet seit den 1980er Jahren die Landschaften, nachdem große Vorkommen an Mineralien und Erzen entdeckt wurden. In den Vorstellungen der Indigenen, ihren Mythen und Legenden bilden Mensch und Landschaft einen einheitlichen Körper. Der Mensch ist in seinem Leben und Sterben Teil des großen Organismus. Minen und Abraumhalden werden als Eingriffe, als Verletzungen dieses Körpers wahrgenommen. Die rote Farbe etwa, die Wasser beim Freisetzen und Oxidieren von Kalium und Eisen annimmt, wird als ein Bluten des Körpers wahrgenommen. Dazu existierte bis vor einigen Jahrzehnten die Idee, man könne als Mensch dieses Land besitzen, noch gar nicht. Relevant wurde diese Frage erst, als Bergbaufirmen zusammen mit den Regierungen und lokalen Verwaltungen 1981 einen rechtlichen Rahmen für ihre Aktivitäten schufen und gewohnheitsrechtliches »Eigentum« der Clans und Familien begründeten, das diese wiederum für die Ressourcenausbeutung freigeben durften, sobald die Regierungen Explorationslizenzen vergaben. In der stark segmentierten Gesellschaft Papua-Neuguineas, die mehrheitlich aus kleinen Gruppen von Subsistenzbäuer*innen, Jäger*innen und Sammler*innen besteht, wurde damit ein erhebliches soziales Konfliktpotential geschaffen. Einzelinteressen werden herausgehoben, schaffen Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Das europäische Konzept von Landbesitz steht völlig konträr zu den Vorstellungen der Indigenen, in denen die Wege zwischen Lokalitäten eine größere Bedeutung als die Orte selbst haben, die als Bestandteile des einen Körpers durch eben diese Wege miteinander verbunden und nicht zu separieren sind. Ansprüche auf einen bestimmten Teil sind damit immer Übergriffe auf das Nutzungs- und »Eigentumsrecht« anderer. Nach Schätzungen einer Untersuchungskommission von 2013 sind etwa 5,2 Millionen Hektar dieses gewohnheitsrechtlichen Landbesitzes durch die Vergabe von Lizenzen praktisch wieder enteignet worden. Der Landentzug wurde oft genug mit Infrastrukturmaßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen durch Bauunternehmer und Investoren begründet. Der Untersuchungsbericht stellte ein hohes Ausmaß an Korruption bei diesen Praktiken fest.

Der Aktivist Jonathan Mesulam kämpft gegen den Holzeinschlag in den Distrikten Namatanai und Kavieng in der nordöstlichen Provinz New Ireland. Dort haben vor allem malayische Firmen lokale Tochterunternehmen mit Namen wie Tasukolak, Basoma und Pezarak gegründet und im Firmenregister angemeldet. Damit sollte der Eindruck vermieden werden, dass ausländische Investoren an dem Kahlschlag verdienen. Die Provinzialregierung von New Ireland spielte mit und bewilligte sogar öffentliche Gelder für die Anbindung der insgesamt zwölf Einschlaggebiete an das Straßennetz. Der Holzeinschlag hat zu massiven Problemen in der Wasserversorgung geführt. Die örtliche Bevölkerung ist gezwungen, oft weite Strecken auf der Suche nach Trinkwasser zurückzulegen. Die Wasserverunreinigung ließ eine Reihe von Krankheiten ausbrechen. Fast sämtliche Flüsse der Region sind von Verschmutzungen und veränderter Wasserführung durch die Abholzung betroffen. Ausgerechnet die Naturschutzbehörde stellte

Foto: Jonathan Mesulam

die Genehmigung für den Einschlag aus. Jonathan Mesulam erklärt, dass es ausgesprochen schwierig sei, die Holzfäller zu stoppen. Durch Bestechung sichern sie sich die Unterstützung korrupter Clanführer. Ist so ein Projekt erst einmal genehmigt, kann es nur noch durch die Intervention eines »echten« Landeigentümers gestoppt werden. Das sind die Indigenen mit ihrem »gewohnheitsrechtlichen Eigentum« aber nicht und damit den Investoren ausgeliefert. Seit Jahren wird diese offensichtliche Ungerechtigkeit, die massiv in die fragilen Ökosysteme eingreift, beklagt, doch die Regierung verweigert sich einer echten Landreform. Derweilen fliehen Menschen aus den Dörfern, weil sie sich von den Holzfällern bedroht fühlen. Nur in manchen sind sie willkommen, da die Einwohner*innen sich davon Arbeit und ein Einkommen versprechen. Jonathan will sich nicht davon entmutigen lassen. Er organisiert Versammlungen, Protestmärsche, macht die Medien auf die Lage aufmerksam. Bislang hat er das Gefühl, nur auf taube Ohren zu stoßen. Doch es gärt im Land, die willkürlichen Landnahmen durch Investoren führten etwa 2018 zu gewaltsamen Protesten und schweren Ausschreitungen.

Der Menschenrechtler Emmanuel Peni spricht von kolonialer Landnahme, die durch die Regierung aufrechterhalten wird. Er engagiert sich gegen ein großes Kupfer- und Goldminenprojekt am Sepik, dem längsten Fluss des Landes, das durch PanAust, einer chinesischen Firma mit australischer Registrierung, vorangetrieben wird. Der Behauptung der Investoren, der Betrieb sei ungefährlich, traut er nicht. Das hatte vor zehn Jahren schon einmal eine chinesische Firma versprochen, die eine Nickelmine in Madang betreibt. Als die Tiefseelagerstätte für den Abraum 2019 leckte, attestierte eine Schweizer Firma eine so starke Verschmutzung der Gewässer, dass sie dringend vom Fischverzehr abriet. Mindestens eine Person starb an der Vergiftung. Die Regierung wiederum schickte ihre eigenen Expert*innen, die rasch Entwarnung gaben. Peni geht davon aus, dass die Menschen vor Ort irgendwann das Recht in ihre eigenen Hände nehmen, wenn sie von der Regierung betrogen werden. Die Protestierenden gegen das PanAust-Projekt sind sich bewusst, dass Bergbau immer Schäden hinterlässt. Doch die Situation in Papua-Neuguinea ist besonders heikel, das Land liegt in einer erdbeben- und vulkangefährdeten Zone. Für den Klärschlamm aus der Mine plant PanAust ein Rückhaltebecken. Doch die Menschen befürchten, dass der Damm bei den üblichen heftigen Regenfällen brechen und eine Flutwelle auslösen wird. Sie trauen auch nicht den Lockungen der Investoren, Straßen, Schulen und Hospitäler zu bauen. Das sei schließlich Aufgabe des Staates und kein Tauschpfand gegen die ökologischen Gefahren. Noch misstrauischer machte sie der Umstand, dass die Firma in ihrem Prospekt, dass sie den Einheimischen vorlegte, sich von Risiken durch »unvorhersehbare Ereignissen« im Voraus freistellte. Emmanuel Peni erinnert an die

Verwüstungen durch den Tagebau, der von der Tochterfirma Ok Tedi der australischen BHP-Gruppe betrieben wurde. Die vor dreißig Jahren ausgeschwemmten Schwermetalle gelangten über die Nahrungskette in den Körper von Menschen, die heute unter Vergiftungssymptomen leiden.

Ungefährlich ist das Engagement für Umweltschutz nicht. Peni berichtet, dass er Todesdrohungen erhält. 2010 wurde er zweimal angeschossen, auf einem öffentlichen Platz, keine hundert Meter von einer Polizeistation entfernt. Doch seit etwa 2016 schließen sich ihm immer mehr Freiwillige an und machen die für Politik und Wissenschaft bislang Unsichtbaren sichtbar. Sechstausend Unterschriften unter eine Petition wurden gesammelt, nun finden sie auch bei Entwicklungsspezialisten und Menschen mit politischem Einfluss Gehör. Peni hofft, nun auch internationalen Druck auf Australien aufbauen zu können, damit es PanAust die Registrierung entzieht.

Von der Mühsal, Gehör zu finden, kann auch Jonathan Mesulam berichten. Oft dringt er nicht einmal zu seinen marginalisierten Landsleuten durch, die verstreut über ein riesiges Gebiet leben und aufgrund mangelnder Bildung kaum in der Lage sind, die Versprechen und Aktivitäten von Behörden und Unternehmen kritisch zu prüfen. Mesulam hält Aufklärungskampagnen zu rechtlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Fragen für dringend geboten. Zunächst arbeitete er aber für ein UN-Programm zur Entwicklung des pazifischen Raumes. Das Wissen, das er dort in der internationalen Zusammenarbeit gewonnen hatte, will er nun nutzen, um Bildungsarbeit in der indigenen Community zu leisten. Als er davor noch als Lehrer arbeitete, hatte er gesehen, wie die Bergbaufirmen die Menschen über den Tisch zogen. Er will sie davon überzeugen, dass es besser ist, sich auf die Traditionen eines Ineinsseins mit der Natur zu besinnen, statt dem Geld hinterherzujagen, das Unfrieden, Drogenprobleme und Gewalt in die Gemeinden bringt. Er will sie ermutigen, eine eigene Stimme zu finden und sich von Repressionen nicht abschrecken zu lassen. Und er will sie mit den harten Fakten zu möglichen Umweltschäden konfrontieren, um ihren Widerstandsgeist zu wecken.

Der wird auch nötig sein. Seit 1977 unterseeische Minerallagerstätten entdeckt wurden, suchen große Konzerne nach Möglichkeiten ihrer Erschließung. 2011 erteilte die Regierung von Papua-Neuguinea erstmals eine Tiefseebergbaulizenz, an die kanadische Nautilus Minerals Ltd. Dagegen

Foto: Jonathan Mesulam und Emmanuel Peni

erhob sich ein breiter Protest im gesamten Pazifikraum. Das Unternehmen »Solwara 1« scheiterte 2019, als die Nautilus Minerals Konkurs anmelden musste. Doch die Investoren kauften die Konkursmasse auf, zu der auch die noch gültige Bergbaulizenz gehörte. Große Bergbaukonzerne machen Druck, um mit dem Tiefseebergbau loszulegen. Umweltaktivist*innen, Wissenschaftler*innen und regionale NGOs verbündeten sich daraufhin zur »Pacific Blue Line«, die Erkenntnisse zu den Risiken des sogenannten Deep See Mining veröffentlicht und für sein Verbot kämpft.

Ursprünglich wollte die Internationale Agentur für den Meeresboden (ISA) die Tiefsee ab 2023 für die kommerzielle Ausbeutung freigeben. Nachdem sich die Bundesrepublik für ein Moratorium ausgesprochen hatte, kündigte Frankreichs Präsident Macron auf der 27. Klimakonferenz in Sharm el Sheikh Unterstützung für ein Verbot des Tiefseebergbaus an. Für »Pacific Blue Line« kann das nur ein Anfang sein.

Der Artikel wurde aus Text- und Sprachnachrichten der beiden Aktivisten zusammengestellt.

JONATHAN MESULAM
ist Gründer und Koordinator der West Coast Development Foundation Papua-Neuguinea

EMMANUEL PENI
ist LGBTI- und Umweltaktivist und engagiert sich für die Rechte der Küstenbewohner*innen

Weiterlesen

Wer englischsprachige Lektüre nicht scheut, wird einen anderen Blick auf den »Großen Krieg der Weißen Männer« bekommen, der hierzulande immer noch mehrheitlich als ein europäisches Ereignis begriffen wird. Forscher*innen aus aller Welt haben auf einem Symposium 2017 die Involviertheit außereuropäischer Länder untersucht, die Auswirkungen in den kolonisierten wie parteinehmenden Regionen und deren langen Nachhall. Dabei geht es nicht allein um eine Militär- oder Sozialgeschichte, sondern auch eine Umweltgeschichte. Exemplarisch wird das in dem Beitrag von Ifthekar Iqbal, Umwelthistoriker aus Daressalam, der die Kriegswirtschaft in Südasien untersucht. Der Abbau von Rohstoffen für den Export nach Europa wurde mit dem Heraufziehen der imperialen Konfrontation forciert; England ließ ganze Wälder in Indien einschlagen, um nicht nur den Bedarf an Eisenbahnschwellen im eigenen Land, sondern auch für Militärtransporte auf Schienen im Irak, in Ägypten, an den Dardanellen und auf dem Balkan zu decken. Zwischen 1870 und 1920 wurden im bengalischen Sundarban mehr als 2000 Hektar Mangrovenwald abgeholzt, der bis dahin eine natürliche Wasser- und Sedimentsperre gewesen war. Bis nach Burma wurde großflächig Holz für die Kriegswirtschaft geerntet, für Papier, Zellstoff, Gewehrkolben, Eisenbahnwaggons, Schiffe, Baumaterial für Befestigungsanlagen. Tierbestände wurden wegen des Leders dezimiert, der Preis für Rohleder bewegte sich während des Kriegs auf Rekordniveau. Die Entwaldung führte in den 1920er und 30er Jahren dazu, dass vor allem in Bengalen entweder zu viel oder zu wenig Regen für die Landwirtschaft fiel. Die Zahl der Sturzfluten nahm signifikant zu, begleitet von steigenden Temperaturen und Staunässe in bestimmten Regionen. Die Ausrichtung des Wassermanagements auf die Sicherheit von Eisenbahntrassen führte erstmals 1918 zu einer verheerenden Sturzflut, da die Regenmassen nicht mehr abfließen konnten. Auch die Landwirtschaft wurde dem britischen Versorgungsamt unterstellt. Für Schmerz- und Aufputschmittel wurde Chinarinde und Brechnuss gebraucht, doch besondere Bedeutung erlangte die Wasserhyazinthe: aus der Pflanze wurde Pottasche bzw. Kaliumchlorid gewonnen, eine hochreaktive Substanz und wesentlicher Bestandteil von Schießpulver und Dynamit. Auf britischen Druck forcierten die lokalen Behörden den Anbau der Wasserhyazinthe derart, dass ab 1914 die Pflanze zu einer regelrechten Plage herangezüchtet wurde. Sie überwucherte Bäche, Flussläufe und Kanäle, erstickte die Reispflanzen und brachte Malaria und Cholera. Bereits zehn Jahre später bedeckte sie in Bengalen 4000 Quadratkilometer Land und verursachte einen landwirtschaftlichen Schaden von jährlich 60 Millionen Rupien. Genauso wichtig für die Kriegsführung war die Jute, die zu Sandsäcken für den Stellungskrieg verarbeitet wurde. Obwohl Jute dem Boden relativ viel Nährstoffe entzieht, war vor allem die Verarbeitung, das Herauslösen der Faser in stehendem Wasser problematisch. Diese begünstigte die Ausbreitung von Cholera, Malaria und Ruhr. Mit steigender Produktion kippte das ökologische Gleichgewicht, Krankheiten wurden zur Seuche. Gleichzeitig stieg der Karbon- und Methanausstoß. Andere Artikel analysieren die Verfestigung eines Wirtschaftssystems, das die Kosten der kapitalistischen Produktion zu Lasten nichteuropäischer Länder externalisiert, sowie kulturelle Auswirkungen auf die künftige »Dritte Welt«. So überformen europäische militaristische Männlichkeitsbilder Rollenverständnisse etwa in Nordafrika und wirkt die monopolisierte Erinnerungskultur der »Weißen« auf das Selbstverständnis der Indigenen. Nicht zuletzt wird die Bedeutung der Russischen Revolution für die Dekolonialisierung hervorgehoben, deren ikonische Verklärung allerdings spätestens ab den 1970ern und wieder heute in den Wirtschaftskonflikten mit China und Russland eine analytische, antikolonialistische Herangehensweise verhindert, da sie die Kolonialgeschichte und die gegenwärtigen Ambitionen beider Staaten ausklammert. Für eine breitere Rezeption der vorgestellten Themen wäre eine deutschsprachige Ausgabe durchaus wünschenswert.

Katrin Bromber, Katharina Lange, Heike Liebau, Anorthe Wetzel (Hrsg.):
The Long End Of the First World War. Ruptures, Continuities and Memories
Campus Verlag 2018, 296 S., 36,00 EUR

ANN-KRISTIN SCHMIDT,
DANIELA SCHRÖDER UND CHRISTINA WEBER

Fairer Handel heißt gerechte, transparente und partnerschaftliche Wirtschaftsbeziehungen auf Augenhöhe. Das Öko-Fair Zertifikat »Naturland Fair« will ihn mit dem Schutz der Ökosysteme verbinden.

»Wir pflanzen, damit künftige Generationen essen können.«

Von zukunftsorientiertem Wirtschaften sind wir derzeit meilenweit entfernt: Wir verbrauchen unsere natürlichen Ressourcen und nähern uns immer schneller dem »Point of no Return«. Trotz zivilisatorischer Errungenschaften nimmt der Druck durch soziale Spannungen, Kriege, Pandemien und Umweltkatastrophen zu. Der Club of Rome[1] stellt heraus, dass für eine lebenswerte Zukunft auf diesem Planeten Veränderungen unabdingbar sind: die Beseitigung von Armut und Ungleichheit, das Empowerment von Frauen sowie ein für Menschen und Ökosysteme verträgliches System der Nahrungsmittelproduktion. Die Verbindung von fairem Handel und ökologischer Landwirtschaft will der Bauernverband »Naturland« mit dem »Naturland Fair«-Siegel befördern.

Als einer der international größten Ökoverbände von Erzeuger*innen und als Partner des verarbeitenden und Handelsgewerbes gehört »Naturland« seit seiner Gründung 1982 zu den Wegbereitern nachhaltigen Wirtschaftens in der ganzen Wertschöpfungskette. »Naturland« schaut nicht nur auf die ökologischen Auswirkungen der Lebensmittelproduktion, sondern auch auf ihre Sozialverträglichkeit. Seine Richtlinien gelten gleichermaßen für den globalen Norden wie Süden. Faire Partnerschaften, ein solidarisches und verlässliches Miteinander von Erzeuger*innen und Unternehmen sind essentiell dafür, dass Bäuerinnen und Bauern von ihrer Arbeit leben können. Vor allem im Globalen Süden bilden sie das Rückgrat der Ernährung und tragen erheblich zur Existenzsicherung in ländlichen Gegenden bei. Durch traditionelle Anbaumethoden mit Mehrfeldersystemen und angepassten Fruchtfolgen halten sie das ökologische Gleichgewicht durch Kultivierung der Biodiversität. Umgekehrt gilt: Eine industrielle, rein an Profit ausgerichtete Agrarproduktion zerstört Ökosysteme und gefährdet Existenzen. Sie bevorzugt Pflanzensorten, die nicht optimal für Klima und Böden sind, aber höhere Erträge versprechen und resiliente Pflanzensorten sowie die dazugehörige Fauna verdrängen. Diese Kulturen benötigen mehr Wasser und große Mengen an Pestiziden und Kunstdünger, deren Beschaffung die Bäuerinnen und Bauern in finanzielle Zwangslagen bringt.

Laut FAO ist die Landwirtschaft in den von Armut geprägten Gegenden zugleich für neunzig Prozent der Entwaldung verantwortlich. Ein Ziel von »Naturland« ist es, soziale und ökonomische Stabilität jenseits von »Slash and burn« zu schaffen. Damit bezeichnet man das Roden und Verbrennen von Wäldern für die Gewinnung von Ackerflächen. Die Asche wirkt zunächst als mineralischer Dünger, der Effekt erschöpft sich jedoch binnen weniger Jahre. Die Menschen sind gezwungen, weiterzuziehen und das nächste Stück Wald zu roden. Das hat eine Fragmentierung des Lebensraums von Mensch wie Tier und den Verlust der ursprünglichen biologischen Vielfalt zur Folge.

Auch auf Kakao- und Kaffeeplantagen lässt der konventionelle Anbau in Monokultur neben dem oft unsachgemäßen und hohen Pestizid- und Kunstdüngereinsatz die biologische Vielfalt verarmen. »Naturland« setzt hier auf eine Beipflanzung von natürlich vorkommenden Baumarten. Die Mischung von Bäumen und Kaffee oder Kakao bildet eine stockwerkartige Struktur und beherbergt andere Tier- und Pflanzenarten, sie wirkt als biologischer Korridor, der Lebensräume vernetzt. In dieser sogenannten Agroforstwirtschaft sichern Bäume die Bodenfruchtbarkeit und die Fähigkeit, Wasser zu halten, sie binden Kohlendioxid und verhindern die Erosion. Für den Fairen Handel ist die Vielfalt auch ökonomisch interessant: Statt nur auf Kaffee für Europa zu setzen, liefern lokale Agroforstsysteme auch andere Produkte. Ein Baum kann mit seiner Rinde, ein anderer mit seiner Frucht, mit Blättern oder Blüten in die Wertschöpfung

1 Club of Rome (Hrsg.): Earth for All: Ein Survivalguide für unseren Planeten. München, gekom 2022

Foto: Naturland – Jörg Böthling

eingebracht werden. Der ökologische Aspekt ist bei der Waldbewirtschaftung immer mit zu bedenken, denn nur langlebige Wälder binden dauerhaft CO_2.

Aquakultur- und Fischereibetriebe von »Naturland« spielen ebenso eine Rolle beim Schutz der Landökosysteme. Bei nachhaltiger Bewirtschaftung können sie Land-, Küsten- und Binnengewässerökosysteme wiederherstellen, erhalten und gleichzeitig effizient gesunde Lebensmittel produzieren, so Karpfen und Forellen in Deutschland, Lachs und Muscheln in Irland oder Garnelen in Ecuador, Peru und Vietnam. Ökologische Teichwirtschaft etwa dient dem Schutz von Mangrovenwäldern. Diese sind von immenser Bedeutung, als Wellenbrecher stabilisieren sie die Küste und verhindern die Abschwemmung von Boden. Zudem sind sie Lebensraum für tausende von Fischarten und die Menschen, die von der Kleinfischerei leben. »Naturland«-Garnelenfarmer*innen sind verpflichtet, Teile der einstigen Mangrovenflächen wiederaufzuforsten. Der Schutz der Ökosysteme an Land wie unter Wasser gehört zusammen.

Neben dem »Naturland«-Siegel können sich Betriebe für eine »Naturland Fair«-Zertifizierung entscheiden. Sie bekennen sich damit zu sechs Fairness-Prinzipien: Verlässliche Handelsbeziehungen in langfristiger und partnerschaftlicher Zusammenarbeit, die eine gemeinsame Jahres- und Mengenplanung, einschließlich Vorfinanzierung für Mitglieder in wirtschaftlich benachteiligten Regionen beinhaltet. Dazu gehören faire Erzeugerpreise – die die Handelspartner gemeinsam finden –, die die Produktionskosten decken und den Erzeuger*innen einen angemessenen Gewinn garantieren. Betriebe in wirtschaftlich benachteiligten Regionen erhalten zusätzlich »Fair«-Prämien. Verarbeiter und Händler verpflichten sich auf Transparenz und eine Unternehmensstrategie, die dem Fair-Gedanken folgt und deren Umsetzung dokumentiert wird. Betriebsmittel und Rohstoffe sollen vorrangig aus der Region bezogen werden. Die Betriebe arbeiten bei der Qualitätssicherung zusammen. »Naturland Fair«-Betriebe sind gesellschaftlich engagiert und investieren in Arbeitsplätze, Umwelt-, Sozial-, Gesundheits-, Kultur- und Bildungsprojekte, stärken Kleinbäuer*innen und Erzeugerorganisationen.

Für die Konsument*innen hierzulande ist das ein Angebot, ihren Beitrag zu gerechten Handelsbeziehungen zu leisten. Im Biofachhandel, in Weltläden oder in den Onlineshops der »Naturland Fair«-zertifizierten Produkte können sie die öko-faire Produktion im Globalen Norden und Süden ganz konkret durch ihren Einkauf fördern. So zum Beispiel die palästinensische Erzeuger*innengenossenschaft »Canaan Fair Trade«, eine der ersten Kooperativen im »Naturland Fair Netzwerk«, die nach den oben genannten Prinzipien wirtschaftet.

In Palästina leben über 100.000 Familien vom Olivenanbau, der rund achtzig Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche ausmacht. Agrarkultur lässt sich hier im eigentlichen Sinne des Wortes verstehen und umfasst den bäuerlich-dörflichen Lebensstil vieler Palästinenser*innen. Diese Kultur möchte »Canaan Fair Trade« bewahren und ihr zugleich Zugänge zu globalen Märkten schaffen. Dahinter steht der Kulturanthropologe Dr. Nasser Abufarha, der 2004 auch die »Palestine Fair Trade Association« (PFTA) ins Leben rief und damit den Grundstein für ökologische Landwirtschaft im Westjordanland legte. Beide Organisationen ergänzen sich seitdem: PFTA berät und unterstützt Kleinbäuer*innen bei der Umstellung auf Ökolandbau, während »Canaan Fair Trade« über 1.100 palästinensischen kleinbäuerlichen Familien in 43 Dörfern eine Handels- und Vertriebsplattform bereitstellt. Produziert werden neben Oliven und Olivenöl auch Mandeln, Jojoba[2], Honig, Weizen, Thymian, Oregano, Knoblauch und mehr – alles nach »Naturland Fair«-Standards. Etwa vierzig Angestellte verarbeiten, vermarkten und exportieren die produzierten Grund- und Fertigerzeugnisse.

Die Mission von »Canaan Fair Trade« geht über den Handel mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln hinaus. Dr. Abufarha verfolgte von Anbeginn unter dem Banner des Fairen Handels einen sozialunternehmerischen Ansatz: Das Wissen und die Kultur landwirtschaftlicher Praxis in Palästina sollen an künftige Generationen weitergegeben, die Olivenbäuer*innen wertgeschätzt werden. »Canaan Fair Trade« verpflichtet sich zur Zahlung angemessener Prämien, fairen Arbeitsbedingungen, Abnahmegarantien, gesellschaftlicher und ökologischer Verantwortung sowie Transparenz. Die »Fair Prämie« etwa geht zu unterschiedlichen Teilen direkt an die Familien, an die PFTA zur Deckung der Betriebskosten und an die Dörfer für kommunale Entwicklungsprojekte, was wiederum kollektive Entscheidungsprozesse und das Verantwortungsgefühl für die Dorfgemeinschaft fördert.

»Canaan Fair Trade« setzt auf regenerative Landwirtschaft, die die Boden- und Wasserqualität verbessert und die biologische Vielfalt schützt. Der Verband folgt dem Leitsatz: »Vergangene Generationen haben gepflanzt, damit wir essen können. Und wir pflanzen, damit künftige Generationen essen können.« Die Olivenbäuer*innen erweitern ihr bewährtes Wissen mit neuen, innovativen Ansätzen, wenn beispielsweise zu Holzspänen zerkleinerter Olivenbaumschnitt als Mulchmaterial verwendet wird. Sie pflanzen vermehrt nahrungsmittelproduzierende Bäume und Reben wie Feigen, Granatäpfel, Trauben, Johannisbrot und Mandeln an. Sozialunternehmerisch wirkt »Canaan Fair Trade« beim PFTA-Programm »Trees for Life« mit. Dafür wird ein Teil des Verkaufserlöses aus Olivenöl gespendet und damit der Anbau von Olivenbäumen durch kleinbäuerliche Familien gefördert.

Dass Ökolandbau und fairer Handel zusammen gehören, davon sind »Canaan Fair Trade« und die rund 70 anderen »Naturland Fair«-Mitglieder sowie die damit verbunden tausenden von kleinbäuerlichen Familien überzeugt. Kanaan ist das biblische »Land, wo Milch und Honig fließen«. »Naturland«-Betriebe wissen sehr gut, dass beides nicht vom Himmel fällt. Hierfür braucht es die Arbeit mit Rohstoffen und Flächen, vielfältige Arbeitsschritte und Lieferketten. Sind diese fair gestaltet, schützt das Menschen und Ökosysteme und sichert die Lebensgrundlage kommender Generationen.

2 südamerikanische Strauchpflanze; aus den olivenartigen Früchten wird ein extrem haltbares Öl gewonnen

ANN-KRISTIN SCHMIDT
ist Fachreferentin für »Naturland Fair« beim ökologischen Bauernverband Naturland e.V.

DANIELA SCHRÖDER
ist Referentin für Soziale Verantwortung und Wald bei Naturland e.V.

DR. CHRISTINA WEBER
ist Entwicklungssoziologin und Teamleiterin Naturland Fair & Soziale Verantwortung bei Naturland e.V.

INTERVIEW MIT ERNA KRUGER

Die Mahlathini-Stiftung arbeitet an nachhaltiger Landwirtschaft im vernachlässigten ländlichen Raum Südafrikas, zusammen mit etwa 570 Kleinbäuer*innen in vierzig Dörfern in KwaZulu-Natal. Die Region ist gekennzeichnet von Trockenheit, überweideten Böden, geringer Bodenfruchtbarkeit und hohen Armutsraten. Trotz schlechter Ausgangslage wird in kleinen Schritten der Übergang zu einer Selbstversorgung der Region und der Anpassung an die Folgen des Klimawandels in Angriff genommen. Mit praktisch orientierten Bildungsprogrammen zur organischen Verbesserung der Fertilität, zu Pflanzenwechsel, Mikrodrainagen und Versuchsfeldern sollen Alternativen zu Abwanderung und konventioneller Landwirtschaft vermittelt und umgesetzt werden.

»Man muss einfach **mit der Natur** arbeiten, einen anderen Weg gibt es nicht.«

Der Ansatz Ihrer Arbeit ist es, mit Kleinbäuer*innen zu arbeiten und den Schwerpunkt dabei auf Biodiversität zu legen. Wie kam es dazu?

Wir hatten diesen Ansatz, seit ich 2003 »Mahlathini« gründete. Ich habe seit den späten 1980er Jahren immer im Bereich ländliche Entwicklung gearbeitet. Dass ich mit Kleinbäuer*innen auf Gemeinschaftsland (communal land tenure) arbeite, war in erster Linie politisch motiviert, weil ich bereits damals sah, dass trotz aller Strategien und Maßnahmen des ANC (Afrikanischer Nationalkongress) die Menschen auf dem Land außen vor gelassen würden. Mein Bezug zur Natur ist sehr persönlich. Und dann ist es auch so, dass all diese Gebiete mit Gemeinschaftsland einstige »Homelands« sind, in die die Leute gewaltsam umgesiedelt worden waren. Das war damals genauso geplant. Meist liegen »Homelands« in Gebieten, die nicht gerade für die Landwirtschaft geeignet sind. Der Boden ist kaum fruchtbar, es gibt zu wenig Wasser. Diese Gebiete sind meist überbevölkert, von sehr armen Menschen, die versuchen, sich durchzuschlagen. Das bedeutet: starker Ressourcenverbrauch, Landdegradierung, eine völlige Landübernutzung und deshalb starke Verschmutzung. Dennoch haben die Menschen einen starken Glauben an das Land, an ihr Zuhause als ihr Erbe. Man muss einfach mit der Natur arbeiten, einen anderen Weg gibt es nicht. Es ist unserem Denken und programmatischem Ansatz eingeschrieben, dass Menschen gut miteinander und mit der Natur umgehen müssen, um eine gute Zukunft zu haben.

Südafrika ist bekannt für seine Bergbauindustrie, aber auch für seinen Weinanbau. Können Sie die Bedingungen für und in der Landwirtschaft beschreiben?

Nun ja, wir haben ein strikt zweigleisiges System. Ein kommerzielles konventionelles Landwirtschaftssystem, mit hohem Einsatz von synthetischen Stoffen, großen Höfen, hohem Mechanisierungsgrad, das mit ganz speziellen Wertschöpfungsketten verzahnt ist. Dieses System hält im Prinzip die Nahrungsmittelsicherheit in Südafrika aufrecht, weil es große Mengen an Nahrungsmitteln produziert.

Dazu kommt die Exportindustrie, kommerzielle Landwirte, die fast ausschließlich für den Export produzieren, Obst, Wein und ähnliche Produkte. Das sind ausgesprochen große Betriebe, man kann schon von Großgrundbesitz sprechen.

Daneben gibt es die Dörfer mit Gemeinschaftseigentum. In diesen Dörfern wird Landwirtschaft noch traditionell betrieben, im Familienbetrieb. Das bedeutet etwas Trockenfeldbau – in den meisten dieser Gebiete gibt es kaum Bewässerungssysteme, etwas Gemüseanbau für den Eigenbedarf, ein paar Hühner, ein paar Obstbäume. Dazu eine extensive Viehhaltung, sie ernährt hauptsächlich die Leute. Sie lassen die Tiere einfach fressen, wo auch immer sie etwas finden. Tiere kosten nicht viel, sind aber eine gute Proteinquelle und bringen ordentlich Geld, wenn man sie verkauft, denn Tiere werden für traditionelle Zeremonien

gebraucht. Sie sind praktisch ihre Lebensversicherung. Die Kleinbäuer*innen sind nicht so auf den Markt erpicht, sondern bauen erstmal für den Eigenbedarf an, dazu nur Nahrungsmittel, die sie selbst essen würden. Erst dann verkaufen sie den Überschuss. Was nicht einfach ist. Nehmen wir eine Oma, die zehn überzählige Kohlköpfe unbedingt verkaufen will. Aber wie? Der Handel taugt dafür nicht, man kann nicht einfach in einen großen Supermarkt laufen und sagen, »ich habe hier zehn Kohlköpfe zu verkaufen.«

Das sind also zwei völlig parallele Systeme. Die offizielle Entwicklungspolitik für die ländliche Bevölkerung ist darauf ausgerichtet, ihre Produktion zu kommerzialisieren. Ihre Höfe sollen größer werden, wir geben ihnen Traktoren, damit sie hunderte von Hektar pflügen können, wo sie Mais oder was auch immer anbauen können, und vertraglich an die großen Supermärkte gebunden werden. Das erwies sich als ein absolut erfolgloser Ansatz, denn die wenigsten haben fruchtbares Land. Sie haben keinen Zugang zu Ressourcen und größeren Kundenkreisen. Und sie sind viel zu weit von den Märkten entfernt, die sich um die großen Landwirtschaftsbetriebe herum angesiedelt haben. Die geografischen, logistischen, politischen und ökonomischen Hindernisse sind unglaublich hoch. Deshalb müssen wir an Alternativen arbeiten. Wir glauben nicht mehr, dass es ein guter Ansatz ist, diese Kleinbäuer*innen in den bestehenden kommerziellen Sektor einzubinden. Sie in ein Vertriebswesen zu pressen, dem sie nicht gerecht werden können, weil sie Lieferkontinuität und Transport nicht gewährleisten können. Wenn sie Ernteausfälle haben, und das passiert häufig, wären sie immer noch vertraglich verpflichtet, die zwei Tonnen Spinat zum Verkauf anzuliefern, und sie haben keine Möglichkeit der Ausfallabsicherung. Deshalb versuchen wir Vertriebssysteme zu entwickeln, die zu ihnen passen. Es gibt genug Menschen da draußen, die essen müssen. Bislang beruht das südafrikanische System darauf, dass Menschen vom Land zum Einkaufen ein Taxi oder den Bus nehmen und in die großen Städte fahren. Die Leute fahren wegen allem in die Stadt, wegen Lebensmitteln, Medizin und allem anderen. Aber ihr Leben findet in den Dörfern statt, deshalb ist es eine Option, den lokalen Markt zu entwickeln. Der ist nicht gerade chic, aber er funktioniert. Die Leute können es sich nicht leisten, einen Laden anzumieten. Sie breiten eine Matte am

Weiterlesen

»Über eine verrückte, aber notwendige Idee« leitet das jüngst erschienene Buch zu einer Debatte ein, die durch unterbrochene Lieferketten, gestiegene Energiepreise und Lebensmittelteuerungen aufgrund der Coronaepidemie, Auswirkungen des Klimawandels auch auf die hiesige Landwirtschaft und nicht zuletzt des russischen Angriffs auf die Ukraine neuen Auftrieb gewinnt. Die »Realpolitik« setzt auf einen neuen »Green Deal«, die klimafreundliche Modernisierung, die Ökologie und Wirtschaftswachstum zusammenführt. Der technische Fortschritt soll so vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden. Die Studien der Wachstumstheoretiker*innen haben bislang noch keinen Beweis dafür erbringen können, dass eine solche Entkopplung auch nur ansatzweise gelungen sei. Der Weltklimarat weist immer wieder dringlich darauf hin, dass für den Rückgang der CO_2-Emissionen ein Rückgang des Konsums unverzichtbar sei, um in die Nähe des 2-Grad-Zieles zu gelangen.

Die Vertreter*innen der Degrowth-Bewegung sehen daher die Notwendigkeit, jenseits von krisenhaften Lockdowns planmäßig ein Wirtschaftssystem aufzubauen, dass resilienter gegen Schocks und Krisen ist, die unweigerlich auf uns zukommen werden. Ihre Forderungen lassen sich kurz zusammenfassen in Relokalisierung von Wirtschaftskreisläufen, eine gemeinwohlorientierte Produktion, das Bürger*innengeld und die Überwindung der industriellen Landwirtschaft. Eine Postwachstumsgesellschaft könne es sich erlauben, im Krisenfalle selbst für Monate die Wirtschaft herunterzufahren, ohne die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern zu gefährden. Selbst auf dem Wirtschaftsgipfel in Davos wurde diese Möglichkeit als erwägenswert diskutiert, die ökonomischen Kennziffern und systemischen Analysen geben das her. Degrowth versteht sich als eine Alternative zum Konzept der »Nachhaltigen Entwicklung«, das von der UNO-Konferenz von Rio de Janeiro 1992 beschlossen wurde. Wirtschaftswachstum als gesellschaftliches Ziel wird als koloniales Denken kritisiert, dem u.a. eine Kritik an der Entfremdung von Arbeit und Natur, geschlechtsbezogener Arbeitsteilung, westlichen Modernisierungsvorstellungen sowie Wachstums- und Beschleunigungszwängen entgegengesetzt wird. Ökonomie solle nicht mit kapitalistischer Warenökonomie gleichgesetzt werden (das ist sie tatsächlich nicht).

Wenn aber die schiere Waren- und Dienstleistungsmasse schrumpfen muss, stellt sich die Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit. Dazu müssen gesellschaftlich wertvolle Güter wie Bildung, soziale Sicherung, Gesundheit etc. von Märkten gelöst werden. Das geht in die Richtung von Gemeinwohlökonomie, Langlebigkeit von Konsumgütern, Ausbau öffentlicher Mobilität. Freilich setzt das einen grundlegenden kulturellen Wandel voraus, eine Besinnung auf zivilgesellschaftliche Selbstorganisation und die Freiheit des Einzelnen, wie sie in den frühsozialistischen Utopien schon aufschien. Die Fixierung des Staatssozialismus auf eine nachholende Akkumulation und Herrschaft der Arbeiter (was real das Primat der Industrieproduktion bedeutete) hatte sich dieser Lesart zufolge als historischer Irrweg erwiesen, der gesetzmäßige Fortschritt als Chimäre.

Den Folgen der klimatischen Veränderungen, die in den Ländern des Globalen Südens bereits katastrophische Auswirkungen erreichen und mittlerweile auch in Europa angekommen sind, wird man mit einem globalistischen und extrem störanfälligen Wirtschaftssystem nicht beikommen können. Relokalisierung heißt allerdings nicht, dass der Globale Norden sich abschotten solle. Vielmehr gehe es darum, weltweit sinnvolle, nicht kapitalverwertungsgetriebene Wirtschaftskreisläufe aufzubauen, Lebensperspektiven vor Ort zu schaffen und sozial wie materiell zu »renaturieren«. Der Norden steht dabei in der Pflicht, auch aus wohlverstandenem Eigeninteresse, ganz praktische Wiedergutmachung zu leisten, um seines eigenen Überlebens willen.

Die Autor*innen des Bandes argumentieren nicht aus dem Elfenbeinturm heraus: Giorgos Kallis lehrt Umweltökonomie und politische Ökologie und forscht zu Wasserressourcen und Stadtwachstum; Susan Paul hat dreißig Jahre in Lateinamerika geforscht und fünfzehn Jahre in einkommensschwachen, gleichwohl ökologisch orientierten Gemeinden gelebt und gearbeitet; Giacomo D'Alisa forscht zu portugiesischer Allmende und hat über Abfallkonflikte geschrieben; Federico Demaria hat mit Müllsammler*innen in Delhi gelebt und gearbeitet und das Umweltbewusstsein von Armen untersucht. Der anthropologische und sozialwissenschaftliche Ansatz der Arbeiten in diesem Buch macht es zu einem gelungenen Einstieg in eine Debatte, die auch, aber nicht nur in entwicklungspolitischem Zusammenhang geführt werden sollte.

Giorgos Kallis, Susan Paulson,
Giacomo D'Alisa und Federico Demaria:
GEGEN WACHSTUM!
Degrowth: Argumente und Strategien
Mandelbaum Verlag 2022
131 S., 15,00 EUR

Straßenrand aus und verkaufen darauf ihre Ware, das ist alles ziemlich schlicht. Also haben wir gemeinsam einen aufgeräumten und sauberen Marktbereich eingerichtet. Wir achten auf Qualität, ein großes und vielfältiges Angebot, weil die Menschen, egal wie arm sie sind, es gewohnt sind, in großen Geschäften mit einem reichlichen Angebot einzukaufen, das gehört einfach dazu. Das muss auch bei uns machbar sein; in anderen afrikanischen Ländern werden alle großen Märkte von Kleinbäuer*innen beliefert.

Junge Menschen verlassen die Dörfer, um in den Städten eine Arbeit zu finden, bekommen dort aber oft keinen Fuß auf den Boden. Kehren diese Leute dann wieder zurück aufs Land?

Nein, soweit sind wir noch nicht. In den 1980er Jahren hatten wir siebzig Prozent ländliche, dreißig Prozent städtische Bevölkerung. Über die letzten zwanzig Jahre hat sich dieses Verhältnis umgekehrt. Und der Trend hält an, heute sollen nur noch zwanzig Prozent auf dem Land leben. Unsere Städte sind extrem überbevölkert. Man kommt aus einer kleinen Hütte im Nirgendwo in eine völlig überfüllte informelle Siedlung ohne Infrastruktur, wo das Chaos regiert. Damit ist nichts gewonnen. Aber es gibt einen starken Trend, junge Leute besser auszubilden. Sie streben insbesondere nach weiterführenden Qualifizierungen. Und ja, manche fangen an, sich für ländliches Ressourcenmanagement, Ackerbau, Wassermanagement usw. zu interessieren, und kehren deshalb aufs Land zurück. Aber sie haben Angst, dort in der Armutsfalle gefangen zu werden, in der sich ihre Eltern befinden. Also arbeiten sie im Dorf, wollen aber dort nicht leben. Es gibt eine Menge junger Leute, die, wie soll ich sagen, dort feststecken, besonders junge Frauen. Sie bekommen oft sehr früh Kinder, und dann war es das mehr oder weniger. Die Männer heiraten sie nicht, etwa neunzig Prozent von ihnen sind Singles, so bleiben sie mit ihren Kindern im Dorf. Auch weil sie meinen, dass es für Kinder auf dem Land besser ist als in der Stadt. Was stimmt. Obwohl es an allem mangelt, ist es da nicht so gefährlich und viel kinderfreundlicher. Also sind die Dörfer rappelvoll mit Frauen und Kindern [lacht]. Und vereinzelten Männern, meist alten oder behinderten, oder solchen, die es in der Stadt zu gar nichts gebracht haben oder mit AIDS zurückkommen und es in den Dörfern verbreiten. Eine unschöne Situation.

In unseren Gruppen arbeiten wir mit jungen Leuten. Die merken, dass Landwirtschaft nicht nur aus »im Dreck graben« besteht, so wie sie das bei ihren Eltern wahrgenommen haben. Sie sehen, dass es einen Ausweg gibt, eine Möglichkeit, tatsächlich einen Lebensunterhalt für sich selbst zu schaffen. Das stimmt hoffnungsvoll. Ich selbst hatte lange ziemliche Vorbehalte gegen Jugendbeschäftigungsprojekte, denn stets ging es darum, wie man junge Leute ködern kann. Und es hieß immer, indem wir sie bezahlen. Weil sie sonst nichts machen werden. Es gibt eine schrecklich lange Historie solcher Landwirtschaftsprojekte. Junge Leute wurden dafür bezahlt, als Bäuer*innen zu arbeiten. Auf dem Hof nebenan arbeiteten ihre Eltern, nur ohne Lohn. Das hat nie funktioniert. Es hat die Jungen im Gegenteil fordernd werden lassen, undiszipliniert im Umgang mit Geld – zu arbeiten haben sie dabei nicht gelernt, nur mit den Dingen herumzuspielen.

Doch ihre Situation verschlimmert sich. Offiziellen Zahlen nach beträgt die Arbeitslosenquote sechzig Prozent. Tatsächlich ist sie viel höher, weniger als zwanzig Prozent der Hochschulabsolvent*innen finden eine Arbeit. Wir haben junge Leute mit Masterabschluss im Dorf sitzen, die keine Arbeit finden. Deshalb – und wegen des Klimawandels und des rasanten Ressourcenschwunds in den ohnehin prekären Regionen – haben wir uns der Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Leute im Bereich der Ressourcenerhaltung zugewandt. Das ist gar nicht schlecht. Auch für sie nicht, weil sie dadurch endlich als Erwachsene gelten. Sie brauchen ein eigenes Einkommen. Bevor sie das nicht haben, werden sie immer als Kinder gesehen und können nicht bei den Eltern ausziehen, selbst wenn sie schon fünf oder sechs eigene Kinder haben. Wenn man zuhause wohnt, muss man den Regeln dort folgen. Im Prinzip bist du ein Tagelöhner für die Familie. Besonders Frauen. Das ist wie Sklavenarbeit. Für sie ist wichtig, eine bezahlte Arbeit zu bekommen. Die Frauen sagen, egal, was für eine Arbeit, solange es eine ist. Wenn sie etwas verdienen, können sie ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen. Dazu kommt, dass Menschen, je ärmer sie werden, umso weniger sich um etwas kümmern. Sie interessiert nur das, was ihnen hilft, den nächsten Tag zu überleben. Sie werden nicht das Loch in der Straße oder das leckende Rohr reparieren oder invasive Baumarten fällen. Sie werden sich nicht mit der Erhaltung von Ressourcen beschäftigen. Für viele ist das schwer zu akzeptieren, aber so ist es.

Das ist wohl die entscheidende Frage: Wie kann ich mit den Leuten über Ökologie sprechen, wenn die wirtschaftlichen Strukturen fehlen?

Unter solchen Umständen kannst du den Leuten nicht sagen, ihr müsst euch um eure Bäume kümmern. Das funktioniert einfach nicht. Außerdem ist es respektlos den Menschen gegenüber, wenn man annimmt, sie wüssten nicht, was los ist. Sie wissen es. Sie verstehen genau, dass sie gerade den letzten Baum gefällt haben. Sie haben nur das Gefühl, keine andere Wahl zu haben. Deshalb arbeiten wir mit ihnen an Dingen, für die sie motiviert sind, und versuchen, kleine Breschen zu schlagen, um die größeren Dinge anzugehen. Ihr Leben ist schwierig, große, konfliktträchtige Themen wie das Weidemanagement müssen behutsam angegangen werden. Weidefragen können in afrikanischen Gesellschaften leicht dazu führen, dass Menschen getötet werden, wenn man bestimmte Trigger auslöst, etwa mit der Frage, wessen Kühe das hier sind. In der Regel sind es nicht die Kühe der hier lebenden Menschen. Irgendein Reicher von woanders her lässt riesige Herden in die Gegend treiben, und sie können nichts dagegen tun. Das passiert oft. Aber ich schweife ab. Wir beginnen in Alltagsangelegenheiten über Ökologie und praktische Zusammenhänge zu sprechen. Darüber, was mit dem Wasser, mit dem Boden passiert, wenn die Bäume gefällt sind. Wir lassen die Dorfbewohner*innen selbst antworten, denn sie ahnen und wissen ja, dass das fürchterliche Auswirkungen auf die Natur hat. Für viele Menschen im ländlichen Raum ist der Klimawandel Gottes Strafe dafür, wie schlecht sie ihre Ressourcen gemanagt haben. Das ist auch nicht hilfreich, weil es nur deprimiert. Aber zumindest die Erkenntnis ist da. Jetzt muss man Hoffnung und Motivation schaffen, Schritt für Schritt die großen Dinge anzugehen. Das geht nicht auf einmal, die Leute haben schon zu viele Probleme.

Kürzlich wurde auf dem Klimagipfel in Ägypten diskutiert, wie man dem Klimawandel begegnen könne. Welche Erwartungen haben Sie an die Industrieländer des Nordens, was die konkrete Situation in Südafrika anbetrifft?

Es gibt die offizielle Regierungslinie und die zivilgesellschaftliche. Und dann die der Bevölkerung. Die Gemeinden interessiert wirklich nicht, woher die Hilfe kommt, solange überhaupt Hilfe kommt. Es interessiert sie nicht, ob die Hilfe politisch korrekt ist oder nicht, solange Geld ankommt. Sie sind geradezu besessen von Geld und Konsumgütern, weil sie auf einem Armutslevel sind, dem man eigentlich unmöglich entkommen kann. Weil unsere große Regierungsbestie nach wie vor alles nur für sich selbst tut, entsteht kein unterstützendes Umfeld für die Armen auf dem Land. Man hat sie vergessen. Hinsichtlich der Regierungslinie, nach der der Norden für Südafrikas klimagerechte Umgestaltung zahlen müsse, kann ich nur appellieren: »Bitte, was immer ihr tut, gebt das Geld nicht unserer Regierung.« Wir wissen genau, was sie damit anstellt, dass sie den Menschen damit nicht helfen wird. Schon wieder wird geplant, eine neue Ministerialabteilung für die Adaption an die Klimaziele einzurichten. Dabei fehlt immer noch ein Plan für die konkrete Umsetzung!

Die jetzige Regierung meint, ihre einzige Rolle bestünde darin, Strategien und institutionelle sowie gesetzliche Rahmen zu entwickeln. Irgendjemand anderes soll das dann umsetzen. Und ich frage sie immer: Wer soll das sein? Unser NGO-Sektor ist auf dreißig Prozent geschrumpft. Sagt die Regierung, die NGOs sollen das machen, frage ich, welche NGOs? Sie wissen nicht, von wem und wovon sie sprechen. Die Leute sind nicht mehr da. Von ungefähr vierzig Agrar-NGOs vor zwanzig Jahren in der Provinz KwaZulu-Natal sind drei übrig geblieben, eine davon sind wir. Und wir sind zu zehnt. Man kann mit zehn Menschen nicht die Welt ändern. (Aber wir sind trotzdem gut dabei.)

Gibt es ein spezielles örtliches Wissen über Landwirtschaft, über Pflanzen und Tiere?

Es gibt eine Menge traditionelles Wissen. Es ist lückenhaft, manches ging verloren, und das Wissen der einzelnen ethnischen Gruppen ist unterschiedlich. Die Zulu zum Beispiel, die hauptsächlich in KwaZulu-Natal leben, waren nomadische Viehzüchter*innen und Krieger*innen. Sie wissen gar nichts über Pflanzen, sie denken, Kohl sei hierzulande ein traditionelles Gemüse. Es ergibt wenig Sinn, eine oder einen Zulu nach indigenem Wissen zum Ackerbau zu fragen. Ich möchte nicht unhöflich sein, aber sie kennen sich da nicht wirklich aus. Sie haben die traditionelle Heilkunde, und ihre Heiler*innen, die Inyanga und Sangoma, wissen sehr viel über die Natur und Pflanzen und Tiere, die es da mal gab. Davon ist nicht mehr viel übrig. Alles ist stark überweidet, sie haben zu kämpfen. Weiter nördlich findet man sehr viel mehr ethnische Gruppen. In jeder x-beliebigen Versammlung sprechen die Menschen vier verschiedene Sprachen. Manche dieser Communities betreiben traditionell Ackerbau, haben also ein viel größeres Interesse an Pflanzen- und Getreidediversität. Sie pflanzen heimische Obstbäume, unterhalten kleine Baumschulen und wollen die traditionellen Sorten bewahren. Mit ein bisschen Hilfe kann man dort sehr viel erreichen. Sie haben ihre eigenen Saatgutbank. Es ist spannend, mit den Menschen dort zu arbeiten. Die Xhosa in der östlichen Kapregion sind irgendwo zwischen den Zulu und den Bapedi angesiedelt und haben eine Ackerbautradition. Jeder hat dort

einen kleinen Garten. Indigenes Wissen muss in das moderne System integriert werden, unser Handeln muss auf diesem traditionellen Wissen aufbauen. Früher wollte ich oft neue Getreidesorten einbringen, mit Hirse haben wir angefangen. Einige Leute meinten, das kennen sie nicht, das könnten sie nicht essen. Wir haben vorgeschlagen, die Hirse zu kochen, es zu probieren, es hat nichts genutzt. Man kann

etwas Neues einführen, aber es hat keinen Bestand. Ich habe daraus gelernt, das man mit dem beginnt, was vor Ort vorhanden ist und darauf aufbaut. Bis sich die Menschen daran gewöhnen, mit neuen, anderen Dingen zu arbeiten. Lernen funktioniert durch Gewohnheit und durch das Teilen von Wissen. Das Unbekannte ist uninteressant, es ist bedrohlich, es birgt ein gewisses Risiko. Neues muss man in einer Form einführen, die den Leuten nicht komplett unvertraut ist. Lieber eine Idee, die umgesetzt wird, als hundert Ideen, die nicht angenommen werden.

Was würde helfen, diese Einstellung zu überwinden?

Die Leute erwarten Hilfe vom Staat, die nicht kommen wird. Es braucht Bildung. Lassen Sie es mich so sagen: Aus der Außenperspektive ist Bildung oft das ganz große Ding. Die Leute selbst wollen Hilfe dabei, etwas zu tun. Wir bieten handlungsorientierte Bildung an, sie lernen durch das Tun. Unser Ansatz ist, dass Bäuer*innen statt aus der Theorie durch Experimentieren neues Wissen generieren. Wir arbeiten oft mit Student*innen und Hochschulabsolvent*innen, die Praktika absolvieren müssen. Die Schwierigkeit ist, dass unsere Universitäten diesen Ansatz nicht unterrichten. Sie unterrichten keine Agrarökologie, konservierende Bodenbearbeitung und Fruchtwechselwirtschaft oder natürlichen Klimaschutz und alternative Wirtschaftsmodelle. Sie sind engstirnig und konservativ. Die Absolvent*innen kommen mit ihrer klassischen Wirtschaftsausbildung und stellen dann fest, dass sie damit keinem helfen können. Meist glauben sie, dass der Fehler bei den Leuten liegt, die nichts von Phosphaten und Pottasche wissen, denen sie deshalb etwas beibringen müssen. Meist müssen wir sie lehren, ihr Wissen auf eine Weise nutzen, die den Menschen hilft, mit denen sie zusammen arbeiten. Man muss sie lehren, sich mit verschiedenen Dingen zu beschäftigen und Informationen außerhalb ihres Fachgebietes zu finden. Für sie ist das ganz neu. Die Agrarökologie und die diversen Möglichkeiten, mit statt gegen die Natur zu wirtschaften, müssen erst Fuß fassen in Südafrika. Die Agrarökologie wird von der konventionellen Landwirtschaft heftig kritisiert, wir kratzten nur im Staub herum, wir wüssten nicht, was wir tun, hätten keine wissenschaftlichen Beweise für das, was wir tun, wir würden die Leute noch ärmer machen anstatt sie zu unterstützen. Aber man kann ja nicht den Umweltsektor kritisieren, weil Menschen, die nicht aus der Wissenschaft kommen, versuchen, ihren Mitmenschen auf dem Land zu helfen. Sie sind auf der Suche nach etwas, das besser funktioniert. Unsere NGO fokussiert sich auf adaptive Forschung im Zusammenspiel von Bildung und praktischer Umsetzung. Wir wollen unsere Arbeit evidenzbasiert dokumentieren. In Südafrika gibt es praktisch keine Möglichkeit, Bodenproben zu untersuchen. Willst du die organischen Anteile der Nährstoffe in einer Bodenprobe bestimmen, musst du die Probe zur Analyse in die USA schicken, weil es hier kein Labor gibt, das das machen würde. Sie nehmen nur elementare konventionelle Untersuchungen vor. Seit zwei Jahren erst gibt es ein Labor in Kapstadt, in dem mikrobiotische Proben untersucht werden. Für eine Nematodenanalyse musst du die Probe an die Nordwest-Universität [in der gleichnamigen Provinz] schicken. Unser akademisches System ist veraltet und wenig hilfreich.

Das ist verwunderlich, da weltweit unter Einbeziehung alter Kultursorten an Pflanzen geforscht wird, die robuster sind und besser mit dem Klimawandel zurechtkommen.

Richtig, aber unglücklicherweise ist man auch in der Sortenentwicklung in Südafrika konservativ. Man preist Hybride und gentechnisch veränderte Pflanzen (GV) als Allheilmittel an und setzt auf trockenheitsresistenten Genmais. Soll das wirklich die Richtung sein, in die wir gehen wollen? Südafrika hat GV frühzeitig akzeptiert, die Regierung fördert diese sehr stark. Oft kommen Vertreter*innen in die Dörfer und bieten kostenlose Probepäckchen mit genmanipulierten Samen an. Wir arbeiten mit den Bäuer*innen dagegen an. Denn sie pflanzen immer noch eine Vielzahl traditioneller Maissorten an. Sehr interessante, bunte Maissorten, wunderbar. Und dazwischen dann dieser GV-Mais. Die Pflanzen befruchten sich gegenseitig, die Hybride, die GV-Sorten und die traditionellen Sorten, das führt zu einem großen Schlamassel. Als Organisation propagieren wir GV nicht. Wenn Bäuer*innen mit GV-Sorten arbeiten wollen, sagen wir: Passt auf, wir werden euch nicht dabei helfen, wir glauben nicht, dass GV eine Antwort auf eure Probleme ist. Wir setzen auf größere Diversität, auf Varietäten. Wir versuchen nicht, die eine Superpflanze zu finden, die es sowieso nicht gibt. Man steckt zehn, zwanzig Jahre Arbeit in die GV-Entwicklung einer Pflanze, und wenn man sie ins Ökosystem einbringt, dauert es etwa sieben Jahre, bis sie ihren

Fotos: Mahlathini Foundation

Vorteil verliert. Nur sieben Jahre! Es ist dasselbe Problem wie mit den Hybriden. Was immer für Resistenzen hineingezüchtet werden, sie brechen nach sieben bis acht Jahren zusammen. Für die Baumwollindustrie etwa ist das ein Riesenproblem. Sowieso kommen die GV-Varietäten mit vielen Umweltfaktoren nicht klar. Man kann sie nur im Bewässerungsfeldbau einsetzen. In Trockenbauregionen verdorren sie einfach. Wir arbeiten mit eigenem Saatgut und Saatgutbanken und ermutigen die Menschen, traditionelle Varietäten zusammen mit bestimmten alten Hybriden anzubauen, die an die lokalen Bedingungen angepasst gezüchtet wurden. Wir zeigen, wie man sortenreine Samen von den Varietäten nimmt. Drei NGOs beschäftigen sich mit lokalen Züchtungen. Auch im Bereich Wasserspeicherung und Wassermanagement haben wir Partner-NGOs in verschiedenen Netzwerken und Foren, wir arbeiten zu Saatgut, Saatgutbanken und Saatgutgesetzen eng mit dem »African Centre for Biodiversity« zusammen.

Da unsere NGO nicht sehr groß ist und direkte politische Interventionen unglaublich frustrierend sind, arbeiten wir nicht auf politischer Ebene. Wir fokussieren uns auf die Arbeit vor Ort. Es gibt so viele wunderbare Policy Briefs [Präsentationen wissenschaftlicher Erkenntnisse für Entscheidungsträger*innen], aber sie alle verschwinden in einer Art Schwarzem Loch. In den letzten fünf Jahren wurde kein einziger Vorschlag von der Regierung aufgegriffen. Wir sagen den Menschen, wenn ihr überleben wollt, müsst ihr selbst etwas tun. Die Politik ist nicht auf unserer Seite. Nach neuestem Saatgutgesetz haben Kleinbäuer*innen kein Recht, eigenes Saatgut zu gewinnen. Wir klären auf und schauen, was die Menschen tun können, um Praxis und Gesetz in Einklang zu bringen. Das ist meine formelle Antwort.

Derzeit sind wir mit einer Reihe von Akteur*innen der Agrarökologie im Austausch. Einige internationale NGOs und Konsortien unterstützen die NGOs vor Ort, das Potential der Agrarökologie zu evaluieren und die Anpassung der Landwirtschaft zu forcieren. Natürlich ist das Verständnis von Agrarökologie noch nicht sehr ausgeprägt, um es mal so zu formulieren. In unseren Papieren benutzen wir das Wort nicht all zu oft, weil ich mir nicht sicher bin, ob wir wirklich dessen Bedeutung verstehen. Wir versuchen, so gut wie möglich mit den Menschen und der Natur zu arbeiten. Ja, das ist organisch, ja, das ist nachhaltig und ja, das ist integrativ. Wir halten uns also so weit wie möglich an diese Prinzipien. Aber wir nennen es nicht Agrarökologie, nicht regenerative Landwirtschaft. Wenn Sie einem Bauer sagen würden, dass er Agroökologie betreibt, würde er nur fragen, was? [lacht]

Wir haben eigene Monitoring-Verfahren entwickelt, um unsere Arbeit zu validieren. Den Akademiker*innen missfällt das, sie meinen, was wir tun, sei nicht wissenschaftlich genug. Aber ehrlich, wir können beweisen, dass das Leben der Menschen sich verbessert. Diese Denkweise kommt aus der Kluft zwischen den NGOs, die auf politischer Ebene, und denen, die praktisch vor Ort arbeiten. Ich finde das sehr schade. Doch wir kommen voran, ich denke, wir haben auch aus den europäischen Ländern Unterstützung für unseren Ansatz.

Das Gespräch führte Mario Pschera

ERNA KRUGER
ist Gründerin und Leiterin der Mahlathini-Stiftung mit Sitz im südafrikanischen Pietermaritzburg

Weiterlesen

Einen kompakten und äußerst lesenswerten Überblick über Umweltpolitiken in Russland über einen Zeitraum von hundert Jahren legt die Zeitschrift »Osteuropa« vor. Die Themenpalette reicht von frühen Versuchen des Wald- und Bodenschutzes bis zum Unterlaufen von gesetzlichen Standards und verfassungsrechtlichen Pflichten durch die Öl-, Gas- und Kohlelobby, dem geopolitisch motivierten Export von Atomkraftwerken und dem Umgang mit den unbeherrschbar gewordenen Abfallmengen. Schon aufgrund der schieren Landmasse und seiner ökonomischen Konzentration auf Rohstoffabbau und Landwirtschaft ist Russland ein wesentlicher Akteur bei der Erreichung der Klimaziele. Die Potentiale für ein nachhaltiges Wirtschaften sind vorhanden, ebenso das Know-How und ein zunehmendes Umweltbewusstsein. Noch mangelt es an ernsthaftem politischen Willen.

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hrsg.):
Im Fluss. Umweltpolitik in Russland
Heft 7 – 9/ 2020
336 S., 28,00 EUR

HERAUSGEBER:
SODI e.V.
Am Sudhaus 2 | 12053 Berlin
Tel.: (030) 920 90 93 - 0 | Fax - 29
info@sodi.de | www.sodi.de

V.I.S.D.P.: Anna Goos
REDAKTION: Mario Pschera
GESTALTUNG: Loki Graphik

DRUCK: Bösmann Medien und Druck GmbH & Co. KG
DRUCKMANAGEMENT: Sievert Druck & Service GmbH

WEITWINKEL ist auf umweltfreundlichem Papier gedruckt.

AUFLAGE: 1.100
ISSN: 2627-4973

FSC www.fsc.org RECYCLED Papier aus Recyclingmaterial FSC® C109521

REDAKTIONSSCHLUSS DIESER AUSGABE:
10. Dezember 2022

Die hier dargestellten Positionen sind die der Autor*innen oder Interviewpartner*innen und geben nicht zwingend den Standpunkt der Herausgebenden und/oder Fördernden wieder.

SODI ist eine gemeinnützige Nichtregierungsorganisation, die sich – kritisch sowie politisch und konfessionell unabhängig – für Gleichberechtigung in der Welt einsetzt.

SODI steht für Solidarität: Gemeinsam mit Initiativen und Organisationen des Globalen Südens engagieren wir uns für die Emanzipation der Menschen und stärken ihre aktive Teilhabe. Unsere Projektarbeit im Ausland verbinden wir mit unserer Bildungs- und Kampagnenarbeit in Deutschland und kämpfen so für einen Perspektivwechsel in der Entwicklungszusammenarbeit.

DZI Spenden-Siegel

Spendenkonto:
Solidaritätsdienst International e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE33 1002 0500 0001 0201 00
BIC: BFSWDE33BER

Spenden Sie auch bequem online:
www.spenden.sodi.de

Mit freundlicher Unterstützung der El Puente Stiftung

EL PUENTE Stiftung
Zur Unterstützung entwicklungspolitischer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

und der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit – Berlin

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe | BERLIN
Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit

Mitglied im Bündnis:

Aktion Deutschland Hilft
Bündnis deutscher Hilfsorganisationen

INITIATIVE LIEFERKETTENGESETZ.DE

Für mehr Gerechtigkeit

entlang der Gesamtlänge aller Lieferketten!

Die Internationalisierung der Produktion in der Welt hat in den letzten Jahrzehnten rasant zugenommen. Gleichzeitig weisen Fälle von Fabrikzusammenstürzen, Niedriglöhnen, fehlendem Kündigungsschutz oder Naturausbeutung auf erhebliche Missstände in den globalen Lieferketten hin.

Seit 2019 haben sich mehr als einhundertdreißig Menschenrechts-, Entwicklungs- und Umweltorganisationen, Gewerkschaften und Kirchen zu der Initiative Lieferkettengesetz zusammengeschlossen, um ein effektives und umfassendes Lieferkettengesetz vom Bundestag zu verlangen. Mit seiner Verabschiedung im Juni 2021 wurde ein wichtiges Etappenziel erreicht. Doch wichtige Forderungen wie eine zivilrechtliche Haftung von Unternehmen bleiben unerfüllt.

Im April 2022 traten die Aktionen der Initiative Lieferkettengesetz in eine neue Phase ein: #yesEUcan!

Ziel ist die Annahme eines EU-Lieferkettengesetzes, das konsequent zur Umsetzung von Menschenrechts- sowie Umwelt- und Klimaschutzstandards entlang der gesamten Wertschöpfungsketten der Unternehmen in der EU verpflichtet. Ein EU-Lieferkettengesetz ist die Chance, die Schwächen nationaler Lieferkettengesetze auszubessern. Im September 2022 startete in verschiedenen europäischen Ländern die europaweite Kampagne »Justice is Everybody's Business«.

#HoldBizAccountable

© Change Your Shoes / Inkota, Foto: GMB Akash

Leisten auch Sie einen wichtigen Beitrag für faire Lieferketten!

Setzen Sie sich für eine wirksame Beschlussfassung im Europäischen Parlament und im Europäischen Rat ein.

Informieren Sie sich ausführlich über die Kampagne

#yesEUcan!

https://lieferkettengesetz.de/

Unterzeichnen Sie die Petition der europaweiten Kampagne »Justice is Everybody's Business« an die EU und die nationalen Regierungen für ein starkes EU-Lieferkettengesetz:
https://justice-business.org/de/startseite/#petition
Engagieren Sie sich bei der Initiative Lieferkettengesetz:
https://lieferkettengesetz.de/mitmachen/